GESCHICHTE
DER
U·S·P·D

Entstehung und Entwicklung
der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands

Von
Eugen Prager

Sozialdemokratische Partei
Deutschlands
Parteivorstand
Bibliothek

1921

Friedrich-Ebert-Stiftung
Bibliothek

VERLAGSGENOSSENSCHAFT „FREIHEIT" e. G. m. b. H.
ABTEILUNG BUCHHANDLUNG / BERLIN C. 2 / BREITE STRASSE 8-9

PV 11802
A28785

INHALT

Vorwort / *Seite 7*

Deutschland bis zum Weltkrieg / *Seite 9–13*

Die zwei Epochen in der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands. — Der Ausdehnungsdrang des deutschen Kapitals. — Die Veränderungen in der deutschen Außenpolitik. — Die Gefahren des Imperialismus. — Der Außenhandel der kapitalistischen Weltmärkte. — Die letzten Ursachen des Weltkrieges.

Die Sozialdemokratie vor dem Weltkrieg / *Seite 14–20*

Die Formen der Agitation. — Die praktische Arbeit und der Reformismus. — Umwandlung aus einer revolutionären zur reformistischen Partei. — Die Vermehrung der Wahlstimmen. — Wachsende Bedeutung der Gewerkschaften. — Die Parteibureaukratie. — Der letzte Parteitag vor dem Kriege. — Die Stellung zur äußeren Politik.

Der 4. August 1914 / *Seite 21–27*

Der Kriegsvorwand der österreichischen und deutschen Kriegstreiber. — Aufruf des Parteivorstandes gegen den Krieg. — Zusammentritt des internationalen sozialistischen Bureaus. — Schwenkung in der Partei. — Bewilligung der Kriegskredite. — Die Erklärung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. — Die ersten Gegensätze.

Die beginnende Opposition / *Seite 28–35*

Die Beschlüsse der Internationalen Sozialistenkongresse und der deutschen Parteitage. — Urteile des sozialistischen Auslandes über die Kreditbewilligung. — Der erste Widerstand gegen die Kriegspolitik. — Erklärungen der „Vorwärts"-Redakteure. — Gegen den parteigenössischen Kadavergehorsam. — Der Umfall der Pseudo-Marxisten. — Leichenschändung an den Altmeistern des Sozialismus.

Das wahre Gesicht des Krieges / *Seite 36–47*

Nicht mehr gegen die Kosakenknute, sondern gegen die englische Weltherrschaft. — Ist es noch derselbe Krieg? — Die Annexionisten enthüllen ihre Pläne. — Kriegsgewinne und Preissteigerungen. — Südekum und Richard Fischer auf Reisen. — Karl Liebknecht in Belgien. — Die ersten Zusammenkünfte der Opposition. — Angriffe auf den „Vorwärts". — Die Bewilligung der zweiten Kriegskredite.

Die erste Budgetbewilligung / *Seite 48–60*

Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Opposition. — Sozialdemokratische Neujahrsgrüße nach England. — Scheidemanns Neujahrswunsch. — Die Versammlung der Berliner Gewerkschaftsfunktionäre. — Der Fall Liebknecht. — Rücktritt Ledebours aus dem Fraktionsvorstand. — Protest gegen barbarische Kriegführung. — Die Zustimmung zum Etat.

Das Gebot der Stunde / Seite 61–75

Die Annexionswünsche der Unternehmerorganisationen. — Die Wirkung der Zustimmung zum Budget. — Die Internationale Frauenkonferenz in Bern. — Die Zeitschrift „Internationale". — Das Schreiben an den Parteivorstand. — Das Gebot der Stunde.

Das Bekenntnis der Annexionisten / Seite 76–85

Die Wirkung des Gebot der Stunde. — Friedensaufruf des Parteivorstandes und Eingabe an den Reichskanzler. — Die Leitsätze zu den Kriegszielen. — Die Internationale Konferenz von Zimmerwald. — Das Annexionsbekenntnis der bürgerlichen Parteien.

Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft / Seite 86–96

Gewitterstimmung in der Reichstagsfraktion. — Erklärung der Minderheit zu den neuen Kriegskrediten. — Die Parteiinstanzen gegen die Minderheit. — Ausschluß Karl Liebknechts aus der Fraktion. — Die Minderheit gegen den Notetat. — Ausschluß der Minderheit und Bildung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.

Die Reichskonferenz / Seite 97–114

Fortgang der Auseinandersetzungen. — Die Kurzsichtigkeit der Instanzenmehrheiten. — Gewaltakte des Parteivorstandes. — Die Konferenz von Kienthal. — Differenzen zwischen Opposition und Spartakusbund. — Verhaftung Liebknechts — Die Reichskonferenz. — Keine Abschwächung der Gegensätze.

Die Zerreißung der Partei / Seite 115–131

Das Programm des rechten Flügels. — Der Gewaltstreich gegen den „Vorwärts". — Das Urteil des Auslands. — Die Nachwahl in Oschatz-Grimma. — Das Hilfsdienstgesetz. — Das Friedensangebot der Kriegsregierung. — Die Januarkonferenz der Opposition. — Ablehnung der Spaltung. — Die Zerreißung der Partei durch die Instanzenmehrheiten.

Die Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands / Seite 132–151

Die Spaltungsarbeit wird fortgesetzt. — Zwei Nachwahlen in Berlin. — Ablehnung des deutschen Friedensvorschlages. — Verschärfter U-Boot-Krieg. — Die Vereinigten Staaten von Amerika werden in den Kriegsstrudel gerissen. — Neue Steuern und vermehrtes Elend. — Die Märzrevolution in Rußland. — Das Aktionsprogramm der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft. — Der Gründungsparteitag der U.S.P.D.

Der Kampf um den Frieden / Seite 152–164

Die Zeit der Sammlung und des Zusammenschlusses. — Der Raub der „Gleichheit" und der „Neuen Zeit". — Die Osterbotschaft Wilhelm II. — Vergebliche Friedensbestrebungen der Russen. — Das Manifest der U.S.P.D. für die Stockholmer Konferenz. — Die Frühjahrsstreikbewegung. — Die Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917. — Sturz Bethmann Hollwegs. — Glück und Ende von Dr. Michaelis.

Der Zusammenbruch / Seite 165–178

Sozialdemokratischer Parteitag in Würzburg. — Die bolschewistische Herrschaft in Rußland. — Die Gewaltfriedensschlüsse von Brest-Litowsk und Bukarest. — Streikbewegungen in Oesterreich und Deutschland. — Dittmann wird auf die Festung geschickt. — Der Zusammenbruch der Mittelmächte. — Die revolutionären Forderungen der Unabhängigen Sozialdemokratie.

Die Tage des November / Seite 179–195

Der Zusammenbruch. — Unterschiede zwischen Deutschland und Rußland. — Schwierigkeiten rechts und links. — Die Antwort der Gegenrevolution. — Die 1. Konferenz der A.- und S.-Räte. — Austritt der Unabhängigen aus der Regierung. — Die Wahlen zur Nationalversammlung. — Ermordung Kurt Eisners. — Der Märzparteitag der U.S.P.D.

Das Leipziger Aktionsprogramm / Seite 196–212

Der Höhepunkt der Entwicklung — Ungarn und Bayern. — Der zweite Rätekongreß. — Erfolgreicher Kampf für Abschluß des Friedens. — Moskauer Spaltungsrezepte. — Die Frage der Internationale. — Die Reichskonferenz der U.S.P.D. — Ermordung von Hugo Haase. — Der Parteitag von Leipzig.

Das Werk von Moskau / Seite 213–228

Die Demonstration vor dem Reichstag. — Der Streit um die Betriebsräte. — Der Kapp-Putsch. — Tod von Emanuel Wurm. — Großer Erfolg bei den Reichstagswahlen. — Das Antwortschreiben aus Moskau. — Polnisch-russischer Krieg. — Die 21 Bedingungen. — Die Reichskonferenz. — Der außerordentliche Parteitag von Halle. — Rededuell Sinowjew-Hilferding. — Die Spaltung.

Ausblick / Seite 229–232

Register / Seite 233 u. ff.

Das Entstehen und die Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands ist so eng mit Krieg und Revolution verknüpft, daß eine erschöpfende Geschichte der Partei schreiben zugleich eine Darstellung der Ereignisse während des Weltkriegs und des Zusammenbruchs erfordern würde. Das wäre nicht möglich gewesen, ohne den zur Verfügung stehenden Raum ganz ungebührlich zu überschreiten. Ich mußte mir daher außerordentliche Beschränkungen auferlegen, manche Ereignisse konnte ich nur streifen, andere nur kurz darstellen. Die Auswirkungen des Krieges auf die Gewerkschaftsbewegung zu schildern, mußte ich ganz unterlassen. Die Zusammenhänge der Entwicklung in Deutschland mit der internationalen Bewegung konnte ich nur gelegentlich erwähnen. Die Schilderung lokaler Begebenheiten, die den daran beteiligt gewesenen Parteigenossen von erheblicher Bedeutung erscheinen mögen, mußte unterbleiben, soweit sie nicht für das Ganze von besonderem Interesse waren.

Mancher Leser, der die Zeit des Krieges und der Jahre danach kämpfend mit durchlebt hat, wird noch andere Mängel entdecken. Es kam mir aber vor allem darauf an, eine im Leben der Partei und der gesamten Arbeiterbewegung schmerzlich empfundene Lücke auszufüllen und besonders den Parteigenossen eine geschichtliche Darstellung von dem Werden der USP. in die Hand zu geben, die erst in den letztvergangenen Jahren zu uns gestoßen sind. Und daneben, so hoffe ich, wird sie späteren berufeneren Geschichtsschreibern manches Material bieten, das sonst wenig bekannt oder inzwischen verloren gegangen ist.

Schließlich möge noch die Bemerkung gestattet sein, daß dieses Buch mitten im Kampfe geschrieben wurde, neben der sonstigen Tagesarbeit, die dem Verfasser als Redakteur einer Parteizeitung obliegt. Wenn es dazu beiträgt, das Ringen der Arbeiterklasse um ihre Befreiung zu fördern, so wird es seinen Zweck erfüllt haben.

Berlin, Oktober 1921. Eugen Prager.

Deutschland bis zum Weltkrieg.

Die zwei Epochen in der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands. — Der Ausdehnungsdrang des deutschen Kapitals. — Die Veränderungen in der deutschen Außenpolitik. — Die Gefahren des Imperialismus. — Der Außenhandel der kapitalistischen Weltmächte. — Die letzten Ursachen des Weltkriegs.

Viel später als den anderen westeuropäischen Staaten haben sich Deutschland die Tore des kapitalistischen Zeitalters geöffnet. England und Frankreich hatten schon längst ihre bürgerlichen Revolutionen hinter sich, sie waren zu Nationalstaaten geworden und konnten miteinander um die Beherrschung des Weltmarktes, um die Ausbeutung der noch nicht erschlossenen Erdteile ringen, als Deutschland noch mit der Beseitigung der innerwirtschaftlichen und innerpolitischen Schranken und mit der Schaffung eines einheitlichen wirtschaftlichen und politischen Gebiets zu tun hatte. Auch Deutschland erlebte schliesslich seine bürgerliche Revolution; aber sie kam nicht von unten, aus der Bourgeoisie selbst, sondern sie wurde von oben geboren. Blut und Eisen waren ihre Zeichen, Militarismus und Junkertum ihre Gevatter. So musste denn die bürgerliche Revolution in Deutschland ein zwiespältiges Ergebnis haben: die Ueberreste der vergangenen Epochen ragten in die neue Zeit hinein, neben den Ritterburgen auf den Höhen standen die Fabriken in den Tälern. Und so teilten sich denn auch Vergangenheit und Gegenwart in die Macht; Monarchie und Junkertum übten die politische Gewalt aus, die Bourgeoisie aber übernahm die Ausbeutung des Proletariats.

In der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands seit dem deutsch-französischen Kriege lassen sich deutlich zwei Epochen unterscheiden. In den ersten zwei Jahrzehnten die Verdrängung des Handwerks durch die Industrie, der Kampf des werdenden Großkapitals gegen die rückständigen Produktionsmethoden, die Eroberung des inneren Marktes durch das Kapital. Von etwa 1890 nimmt diese Entwicklung schärfere Formen und ein eiligeres Tempo an. Das Großkapital zieht gegen das mittlere und kleinere Kapital zu Felde, die Konzentration der Betriebe vollzieht sich mit wachsender Schnelligkeit, die Aktiengesellschaft tritt an die Stelle des Einzelunternehmers, die Führung in der Wirtschaft geht von den Produktionszweigen, die für den unmittelbaren Lebensbedarf arbeiten, an die Schwerindustrie, an die Erzeuger der Rohstoffe und der Produktionsmittel über. Der innerdeutsche Markt wird zu klein, das Großkapital will an der Eroberung und Aufteilung der Welt teilhaben.

Am deutlichsten erkennen wir den Ausdehnungsdrang des Kapitals, wenn wir die Entwicklung in der Urproduktion Deutschlands verfolgen und sie mit der Entwicklung der Urproduktion in England und Amerika vergleichen. Die Kohlenproduktion betrug in 1000 Tonnen:

	Im Jahre 1890	1900	1910
Deutschland	89 281	149 788	222 302
England	184 529	228 795	268 007 (1909)
Vereinigte Staaten .	143 127	244 653	397 000 (1909)

Die Roheisenproduktion betrug in 1000 Tonnen:

	Im Jahre 1890	1900	1910
Deutschland . . .	4 658	8 521	14 794
England	8 031	9 103	10 547
Vereinigte Staaten .	9 350	14 011	27 737

Wir sehen hier, wie es dem deutschen Kapital gelingt, in der Kohlenproduktion England fast einzuholen, in der Roheisenproduktion England sogar zu übertreffen. Nur die Schwerindustrie der Vereinigten Staaten hat eine noch schnellere Entwicklung durchgemacht. Aus diesen Zahlen darf aber nicht geschlossen werden, daß England sich durch die Entwicklung der deutschen Wirtschaft besonders bedroht gefühlt und deshalb zum Weltkrieg gedrängt hat, um die deutsche Wirtschaft niederzuwerfen. Vielmehr hat sich der englische Kapitalismus immer mehr der Fertig- und Verfeinerungsindustrie zugewendet; er fand seine Absatzgebiete vornehmlich in ganz anderen Gebieten als Deutschland und hatte deshalb die deutsche Konkurrenz nicht zu fürchten. Zudem hat England bis zum Kriege in ständig steigendem Maße Kapital an Stelle von Waren ausgeführt. Ein viel stärkerer wirtschaftlicher Gegner als Deutschland waren für England die Vereinigten Staaten und doch haben England und Amerika den Weltkrieg gemeinsam durchgeführt.

Hat die Entwicklung zum Großkapitalismus in England viele Jahrzehnte gebraucht, so drängte sie sich in Deutschland in eine viel kürzere Zeit zusammen. Und so mußte sie hier eine besondere Erscheinungsform annehmen. In keinem anderen Lande der Welt hat die Kartellierung der Industrie so schnelle Fortschritte gemacht wie in Deutschland, nirgends konnte sich das Bankwesen so konzentrieren, wie bei uns. Die Schwerindustrie und das Finanzkapital wurden zum wahren Beherrscher der deutschen Wirtschaft. Von diesen beiden Mächten war alles abhängig: der Staat und die Industrie, das öffentliche, das privatwirtschaftliche und das gesellschaftliche Leben. Unnötig zu sagen, daß sie die Politik des Landes nicht nur beeinflußt, sondern entscheidend bestimmt haben.

Gleichlaufend mit der wirtschaftlichen Entwicklung verlief die Linie der deutschen Politik. Bismarcks Regierung beschränkte sich auf die Sicherung der Kriegserrungenschaften von 1871, die vor allem die Konsolidierung des norddeutschen Wirtschaftsgebiets gebracht, die Vorherrschaft Preußens im neuen Deutschen Reich sichergestellt und Oesterreich nach Südost-Europa abgedrängt hatte. Deutschland war zur stärksten Militärmacht geworden und sein Interesse richtete sich vorläufig darauf, auf dem europäischen Kontinent die Führung zu behalten. Nur mit innerem Widerstreben erwarb Bismarcks Regierung die ersten Kolonien für

Deutschland und gegenüber dem Expansionsstreben Oesterreichs nach dem Balkan prägte er das Wort, daß ihm Bosnien nicht die Knochen eines pommerschen Grenadiers wert sei. Noch im Jahre 1891 versuchte Bismarcks Nachfolger, General Caprivi, durch den englisch-deutschen Vertrag, der durch die Abtretung von Sansibar das damals noch geringen militärischen und maritimen Wert vorstellende Helgoland zu Deutschland brachte, gute Beziehungen zu England zu sichern. Auch die ostelbischen Junker wollten lange Zeit von der Weltpolitik nichts wissen; als die uferlosen Marinepläne Wilhelms II. auftauchten, fiel aus ihrem Munde das Wort von der „gräßlichen Flotte".

Trotzdem war es klar, daß der Krieg von 1870/71 noch auf Jahrzehnte hinaus auf die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland in ungünstigem Sinne nachwirken mußte. Frankreich war wirtschaftlich und politisch außerordentlich geschwächt worden, Deutschland dagegen erlebte eine Periode stürmischer Aufwärtsbewegung. Bismarck schloß als Gegengewicht gegen die Revanchepläne der französischen Nationalisten mit Oesterreich und Italien den Dreibundsvertrag, der die stärkste Sicherung für den europäischen Frieden darstellen sollte, in Wirklichkeit aber Rußland, das seine südwestliche Flanke von Oesterreich bedroht fühlte, in die Arme von Frankreich trieb. Als Folge der agressiven Flottenpolitik Deutschlands mußte schließlich auch England zum Teilhaber dieser frankorussischen Allianz werden.

Es ist freilich nicht so, daß es erst des Auftretens Wilhelms II. bedurfte, um Deutschland in den weltpolitischen Strudel hineinzujagen. Dieser Herrscher von Gottesgnaden hatte nur gerade das Zeug dazu, um zum Diener des sich gewaltig regenden Großkapitals zu werden. Nicht Wilhelm II. hat Deutschland auf den Weg des Imperialismus gedrängt, sondern die die innerwirtschaftlichen Schranken sprengende deutsche Großindustrie hat den Kaiser zum Werkzeug ihrer Pläne gemacht.

Die deutsche Bevölkerung war von 1870 bis 1890 um 8,6 Millionen, von 1890 bis 1910 um 15,3 Millionen, gestiegen. Mußten früher jahraus, jahrein Hunderttausende von Deutschen in fremden Ländern ihr Glück versuchen, so sank die Ziffer der Auswanderer aus Deutschland mit dem Erstarken der kapitalistischen Wirtschaft auf ein ganz bescheidenes Maß herab. Von 1882 bis 1892 blieb der deutsche Außenhandel fast stabil; er erhöhte sich nur von 6,4 auf 6,9 Milliarden. Im Jahre 1910 war er auf 16,4 und im Jahre 1913 auf über 20 Milliarden Mark gestiegen. Alle diese Ziffern zeigen, daß Deutschland in die großkapitalistische Aera eingetreten war. Auch das deutsche Großkapital suchte nun seinen Betätigungsdrang auf dem Weltmarkt zu befriedigen. An die Stelle des kleinbürgerlichen Staatswesens, das seine Landeskinder nicht ernähren konnte, war das großindustrielle Imperium getreten, das nur den einen Wunsch hatte, die Ausbeutungsmöglichkeiten ständig zu erweitern.

Den deutschen Weltmachtpolitikern war es nunmehr nicht genug, daß Deutschland die stärkste Landmacht besaß, es sollte auch zur See die stärksten Trümpfe ausspielen können. Die deutschen Kolonien waren bisher nicht viel mehr als eine kostspielige Lieb-

haberei gewesen; nunmehr sollte Deutschland überall dabei sein, wo es überhaupt noch Land aufzuteilen gab. Am 14. November 1897 pachtete Deutschland den Hafen von Kiautschou, durch den man wertvolle Teile von China zu beherrschen und auszubeuten hoffte. Die Flottenvorlage von 1899 erklärte kurz und bündig: Deutschlands Schlachtflotte müsse so stark sein, daß ein Krieg auch für den seemächtigsten Gegner mit derartigen Gefahren verbunden sei, daß dessen eigene Machtstellung in Frage gestellt werde.

Nach allen Gesetzen der imperialistischen Entwicklung mußte diese Politik des „Hansdampf in allen Gassen" England zum Feinde Deutschlands machen. In der Tat verschärfte sich der politische Gegensatz zwischen England und Deutschland immer mehr, je schneller die deutsche Regierung ihre Seerüstungspläne zu verwirklichen trachtete. Freilich bestand längere Zeit selbst in den imperialistischen Kreisen Englands die Neigung, mit Deutschland zu einer Verständigung zu gelangen. Sowohl die Konservativen um Chamberlain, wie die Liberalen um Grey haben mancherlei in dieser Richtung unternommen.

Dreimal wurde Europa durch die agressive Weltpolitik der deutschen Regierung an den Rand des Weltkrieges gedrängt: in den Marokkokrisen von 1905 und 1911 und nach der Annexion Bosniens durch Oesterreich 1909. Es kam in diesen drei Fällen noch nicht zum Ausbruch des Völkergemetzels, weil die eine oder die andere Macht zum Losschlagen noch nicht fertig war; aber gerade durch die Verhinderung des Kriegsausbruchs glaubte der deutsche Imperialismus an der Durchführung seiner maßlosen Weltherrschaftspläne weiter arbeiten zu können.

Der deutsch-englische Gegensatz begann, aber er hatte seine Wurzeln nicht etwa in gegeneinander gerichteten wirtschaftlichen Interessen der beiden Länder, sondern in der unausgesetzt wachsenden militärischen Bedrohung Englands und der ganzen Welt durch den deutschen Imperialismus. Vor dem Kriege hatte der Außenhandel der vier wichtigsten kapitalistischen Länder der Welt folgende Entwicklung genommen. Der Anteil am Gesamtaußenhandel der Erde betrug in Prozenten in

	1900	1902	1904	1906	1908	1910
Deutschland	12,1	11,4	11,7	12,5	12,3	12,0
Frankreich	10,0	9,4	8,7	8,9	8,9	9,4
Großbritannien . . .	19,5	18,6	17,9	17,5	17,2	16,9
Vereinigte Staaten . .	10,3	10,0	9,8	10,4	10,3	9,5

Es ergibt sich aus dieser Aufstellung, daß Englands Monopolstellung auf dem Weltmarkt nicht allein von Deutschland bedroht worden war; man erkennt daraus aber auch die noch viel wichtigere Tatsache, daß alle kapitalistischen Länder von demselben Schicksal ereilt werden: es kommt einmal der Tag, wo sie nicht mehr Waren, sondern Kapital exportieren und wo die Industriealisierung der jungfräulichen Länder der Erde die Ausdehnung des eigenen Handels einschränkt. England hat seine Ausfuhr von Fertigwaren in den letzten Jahren vor dem Kriege wesentlich mehr zu steigern vermocht als Deutschland, es hat also seine Industrie- und Handels-

interessen gegenüber Deutschland und den anderen hochkapitalistischen Staaten in anderer Beziehung zu wahren verstanden. Wesentlich aber ist, daß Deutschland und England ganz verschiedene Absatzgebiete für ihren Handel hatten. Im Jahre 1911 gingen von der deutschen Ausfuhr im Betrage von 8106,1 Millionen Mark 6069,6 Millionen Mark oder 75 Prozent in europäische Länder, allein nach Rußland, Oesterreich, Ungarn und in die Schweiz 2025,5 Millionen Mark oder 25 Prozent, die sich selbstverwaltenden englischen Kolonien Kanada, Australien, Neuseeland und Südafrika erhielten damals von der deutschen Ausfuhr nur 178,8 Millionen Mark oder 2,2 Prozent. Von der englischen Ausfuhr im Betrage von 454 Millionen Pfund Sterling gingen im Jahre 1911 nach europäischen Ländern 163,6 Millionen Pfund oder 36 Prozent, nach Rußland, Oesterreich und der Schweiz 22,2 Millionen Pfund oder 5 Prozent. Die Kolonien Kanada, Australien, Neuseeland und Südafrika erhielten von der englischen Ausfuhr 82,5 Millionen Pfund oder 18 Prozent. Wir sehen also, daß England und Deutschland ihre Absatzmärkte schon so unter sich aufgeteilt hatten, daß von einer Konkurrenz auf Leben und Tod keine Rede mehr sein konnte.

Aber der Weltkrieg mußte kommen, weil die deutschen Imperialisten ihn haben wollten. Die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand in Serajewo bot nur den äußeren Anlaß dazu; in Wirklichkeit war der deutsche Militarismus zum Losschlagen längst bereit und im Juli und August 1914 sorgte er sich nur noch darum, daß die Anstrengungen, den Ausbruch des Weltenbrandes auch diesmal noch zu verhindern, durchkreuzt wurden.

Die Sozialdemokratie vor dem Weltkrieg.

Die Formen der Agitation. — Die praktische Arbeit und der Reformismus. — Umwandlung aus einer revolutionären zur reformistischen Partei. — Die Vermehrung der Wahlstimmen. — Wachsende Bedeutung der Gewerkschaften. — Die Parteibureaukratie. — Der letzte Parteitag vor dem Kriege. — Die Stellung zur äußeren Politik.

Die deutsche Sozialdemokratie, wie sie sich uns beim Ausbruch des Weltkrieges darstellte, war ein Kind ihres Zeitalters. Wir mögen rückschauend noch so viele Fehler und Flecken an ihr entdecken, so hat sie doch ein unendliches Stück Arbeit für den Befreiungskampf des Proletariats geleistet. Die revolutionären Luftmenschen von heute haben gut über die Parteibureaukraten, über die Funktionäre und Bonzen von damals spotten; aber es war doch eine große Leistung des einzelnen wie der Gesamtorganisation, in nie ermüdender Wirksamkeit um die Seele jedes Proletariers zu ringen, ihn in die Kaders der Arbeiterbewegung einzuordnen, aus dem klassenfühlenden den klassenbewußten Arbeiter, aus dem Mitläufer den Klassenkämpfer zu formen. Wie leicht ist es heute, sich als Sozialist und als Revolutionär zu bekennen, wo selbst der anarchistelnde Kommunismus sozusagen zur Salonmode geworden ist; aber unendlich schwerer war es noch bis zum Kriegsausbruch, sozialdemokratische Flugblätter in weltabgelegenen Dörfern zu verbreiten, stets in Gefahr, mit Knüppeln und Hunden wieder hinausgehetzt zu werden, oder in den Hinterhäusern der Großstädte vier, fünf Stockwerke hinauf und herab einen Sonntag um den anderen Abonnenten für die Parteizeitungen zu werben. Achtung vor den Hunderttausenden von Sozialdemokraten, die jahre- und jahrzehntelang ihre Arbeit unverdrossen taten, namenlos und ohne äußere Anerkennung, trotzdem die Früchte ihrer Tätigkeit erst kommenden Generationen reifen zu sollen schienen!

Gehen wir nicht leichthin über diese Periode mit der Behauptung hinweg, sie sei eine Periode der Versumpfung, der Verbürgerlichung der Partei gewesen. Wer erinnert sich nicht, was ihm die Partei in den längeren oder kürzeren Zeiten seiner Mitgliedschaft bedeutet hat? Nicht nur die Hoffnung auf eine glücklichere Zukunft, sondern schon die Erfüllung der Gegenwart: die Rettung aus der politischen Trübsal jener Tage, der Glaube an die Schöpferkraft des Proletariats, die Erkenntnis von dem Werden einer neuen Welt. An allem hatten wir gemeinschaftlichen Anteil: an der Arbeit im Kleinen, wie an dem Kampf im Großen; die Parteizeitung war ein Stück unseres Ichs, die Organisation bis zum kleinsten Bezirk und Zahlabend hinab eine

lebendig gewordene Gemeinschaft. Bebel, Singer, die großen und kleinen Männer, die für die Partei sprachen: das waren keine Führer, das waren die Massen, das waren wir selbst. Ob es sich um ein Zuchthausurteil gegen streikende Arbeiter, ob um eine Aussperrung, ob um eine parlamentarische Aktion, ob um eine Wahl handelte: immer waren wir mit Herz und Seele dabei, denn es war doch unsere Sache, die Sache der Partei, um die es hier ging. Eine Spaltung wäre damals unausdenkbar gewesen. Wohl hat die Partei oft genug die heftigsten inneren Kämpfe führen müssen, um Krankheitsstoffe wieder auszuscheiden; aber es waren nur Splitter und Fremdkörper, die entfernt werden mußten, es schien, als ob das stolze Gebäude der Partei niemals zerfallen konnte. Der Krieg erst mußte kommen, um die Organisation der deutschen Arbeiter zu spalten und damit die Aktionskraft der deutschen Arbeiterklasse zu lähmen.

In seiner „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie" wirft Franz Mehring die Frage auf, wieso der Reformismus in der deutschen Sozialdemokratie habe entstehen können. Und er sagt dazu: „Diese Frage beantwortet sich durch die Ueberlastung der Partei mit praktischer Arbeit, die ihre Kraft im hohen Maße verzehrte, durch ihr schnelles Wachstum, das die verschiedenartigsten Elemente aus den verschiedensten Schichten der Bevölkerung zuführte, durch die Bekehrung der bürgerlichen Intelligenz, die immer lange zu ringen hat, ehe ihr die sozialistische Denkweise in alle Hirnfasern übergegangen ist, genug, aus einer Reihe von Umständen, die zeitweise den großen theoretischen Sinn verdunkelt haben, den einst Marx an dem deutschen Arbeiter rühmte." In der Tat trägt die „praktische Arbeit" die Hauptschuld daran, daß aus der Partei der proletarischen Revolution immer mehr eine Partei des sich radikal gebärdenden Reformismus wurde. In der Theorie war die deutsche Sozialdemokratie revolutionär, sie verlangte den Sturz der bisherigen Gesellschaftsordnung und die Verwirklichung des Sozialismus; in der Praxis der täglichen Kleinarbeit aber nahm sie immer regeren Anteil an der Verbesserung der augenblicklichen Zustände, an der Erleichterung der Lage der Arbeiter schon im Rahmen des kapitalistischen Staatswesens. Da die Zeit der gewaltsamen Revolutionen vorüber zu sein schien, so war es erklärlich, daß diese Kleinarbeit, diese reformierende Tätigkeit immer mehr den alleinigen Inhalt des sozialdemokratischen Kampfes ausmachte, und daß die Erwartung, der Sozialismus könnte auf revolutionärem Wege verwirklicht werden, nur noch bei feierlichen Gelegenheiten geäußert wurde. Der badische Reformistenführer Kolb konnte denn auch in einer während des Krieges erschienenen Schrift „Die Sozialdemokratie am Scheidewege" sagen:

> „Die Situation ist für die Sozialdemokratie und für die von ihr künftig zu betreibende Politik also völlig klar. Sie darf vor dem letzten Schritt ihrer Entwicklung von der sozialrevolutionären Sekte zur politischen Partei nicht zurückschrecken, sie muß wagen, das zu scheinen, was sie ist: Eine sozialistisch-demokratische Reformpartei, deren politische Mission es ist, die Geburtswehen der werdenden sozialistischen Gesellschaft nach Möglichkeit zu mildern und abzukürzen."

Daß es dahin kommen konnte, daß sich die alte Sozialdemokratie aus einer revolutionären, den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie

führenden Partei zu einer reformistischen Partei, in eine die Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapitalismus anstrebende Bewegung wandeln konnte, das lag nicht an ihren Führern, sondern an der Gestaltung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse vor dem Kriege. Auch in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie können wir zwei Perioden unterscheiden. Die erste Periode, die bis zum Jahre 1890, dem Falle des Sozialistengesetzes reicht, fällt zusammen mit dem Kampf der erstarkenden Industrie gegen die rückständigen Produktionsmethoden. Bismarck glaubte durch die Anwendung brutaler Gewalt die zugleich mit dem Kapitalismus emporkommende Sozialdemokratie so niederschlagen zu können, daß sie unfähig würde, an der bisherigen Staatsverfassung zu rütteln. Das war für die Sozialdemokratie die Zeit der bloßen Propaganda. Die Partei war schwach sowohl an Mitgliedern, wie an Vertretungen in den parlamentarischen Körperschaften. Die Organisationen bildeten vorerst nur Stoßtrupps, die Massen des Proletariats waren entweder politisch indifferent, oder sie segelten im Gefolge des Liberalismus. Die Parteizeitungen waren damals nicht viel mehr als periodisch erscheinende erweiterte Flugblätter. Im Reichstag wurden Reden zum Fenster hinaus gehalten, an die „praktische Arbeit" traute man sich noch nicht so recht heran. Aber die wirtschaftliche Entwicklung, die ein immer stärker und selbstbewußter auftretendes Proletariat schuf, sprengte die Fesseln des Sozialistengesetzes und stellte die Sozialdemokratie vor neue, sofort zu lösende Aufgaben. Je größer die Macht des Unternehmertums wurde, desto schneller mußte die Gewerkschaftsbewegung sich ausbreiten. Das Ziel, die Verwirklichung des Sozialismus, trat in den Hintergrund, die Bewegung, der Kampf um solche Forderungen, die schon der Gegenwartsstaat erfüllen konnte, beanspruchte die größte Aufmerksamkeit. Die Stunde des Revisionismus, des Reformismus hatte geschlagen.

Die Sozialdemokratie vermehrte sich unausgesetzt an Wählerstimmen und an Mitgliedern; von Legislaturperiode zu Legislaturperiode wuchs die Zahl ihrer Reichtagsabgeordneten und schließlich, bei Beginn des Weltkrieges, zählte die Partei im Reichstag 110 Mandate, fast ein Drittel der ganzen Volksvertretung. Auch in den einzelstaatlichen Landtagen wuchs der Einfluß der Partei trotz Dreiklassenwahl und Pluralstimmensystem; in die Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen, selbst in die versteinerten Provinziallandtage drang immer stürmischer der Wellenschlag unserer Bewegung. Noch viel schneller ging das Wachstum der Gewerkschaften voran; die Zeit war vorüber, wo die Arbeiter im Guerillakrieg, bald hier, bald da vorstoßend, Teilerfolge zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage erringen konnten. Auch die Unternehmer hatten sich gesammelt; die Arbeitgeberorganisationen schossen wie Pilze aus dem Boden und an ihre Seite stellten sich noch besondere Antistreikversicherungen. So mußte von selbst den Arbeitern die Erkenntnis von der Notwendigkeit großer, zentralisierter, vermögensstarker, jederzeit kampffähiger, aber auch verhandlungsbereiter Organisationen eingehämmert werden. Schließlich kam noch die Konsumvereinsbewegung hinzu, die dem Arbeiter als Verbraucher beistehen und ihn durch die Errichtung eigener Produktionsstätten für wichtige Lebensbedürfnisse vom Kapitalismus vollständig unabhängig machen wollte. Diesen drei Hauptströmungen der deutschen Arbeiterbewegung reihten sich noch jene mannigfachen Organisationen an, die den Arbeiter auch auf den Gebieten der Kultur, der Körperbildung, der Erholung selbständig machen wollten.

So mußte sich denn das Wesen der Sozialdemokratie im letzten Vierteljahrhundert vor dem Weltkriege vollständig verändern. Die Form bestimmte immer mehr den Inhalt des Parteigefäßes, die praktische Arbeit für den Alltag verdrängte den Kampf für die Zukunft. In den Organisationen der Partei, der Gewerkschaften, der Konsumvereine, der Volksfürsorge, der Krankenkassen, all der anderen Vereinigungen der Arbeiterbewegung saßen Tausende von Angestellten, „Beamten", deren Sinn darauf gerichtet sein mußte, das ihnen anvertraute Gut an Kassen und Sachen zu wahren und zu mehren. Es mag unter ihnen manchen gegeben haben, der aus Angst um die eigene Existenz jede sprunghafte Veränderung, jedes Abweichen von dem Boden des einmal Gegebenen zu verhindern suchte. Aber das waren doch nur Ausnahmen; in der Regel waren und sind diese Angestellten, die die Partei- und Gewerkschaftsbureaukratie vorstellen, lautere Charaktere, die sich im Laufe der Zeit trotz kärglicher Entlohnung ein ganz respektables Wissen auf ihren Spezialgebieten angeeignet haben. Um so schädlicher mußte es aber auf die ganze Bewegung wirken, daß diese Angestellten zum großen Teil infolge ihrer Arbeitsbeschränkung in ihren besonderen Wissensgebieten verknöcherten oder von ihrer beruflichen Tätigkeit so in Anspruch genommen wurden, daß sie den Blick für die großen Zusammenhänge verlieren mußten. Sie sorgten sich um die Bewältigung ihres Tagespensums, vergaßen darüber aber den revolutionären Kampf um die Verwirklichung des Sozialismus. Die ihrer Leitung unterstellten Organisationen mußten naturgemäß aus einem Mittel zum Zweck zum Selbstzweck werden. Aus den Verwaltern der Organisationen wurden Leiter und schwer kontrollierbare Führer.

Erkennt man die Zwangsläufigkeit dieser Entwicklung an, so wird man die Schuld daran, daß der Ausbruch des Weltkrieges keine revolutionäre, sondern eine reformistische Sozialdemokratie vorfand, nicht bei den Führern und bei der Parteibureaukratie suchen, sondern sie aus der Gestaltung der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse erklären. Revisionismus, Reformismus, Opportunismus sind eben keine Kunstprodukte, sondern die Ergebnisse der jeweiligen Zustände der kapitalistischen Gesellschaft. Wenn seit 1918 der Glaube, nur durch brutale Mittel könne der Sozialismus verwirklicht werden, wieder stärkeren Widerhall bei den Arbeitern fand, so ist das nicht das Ergebnis der Gedankenarbeit von Einzelmenschen, sondern eine Folge des Weltkrieges. Es handelt sich also auch heute nur um den geistigen Ausdruck gegebener wirtschaftlicher und politischer Verhältnisse. Dem durch die Schule des wissenschaftlichen Sozialismus geschrittenen Arbeiter aber ziemt es, nicht vom Wind und den Wellen der Zeit sich umherschleudern zu lassen, heute nur an die mildere, morgen nur an die brutale Form der Revolution zu glauben, sondern von dem immer gegebenen Boden

des Klassenkampfes ausgehend alle Mittel zu benützen, um das Ziel, die Beseitigung der Lohnknechtschaft und die Umwälzung der kapitalistischen Produktionsweise in die sozialistische Bedarfswirtschaft, zu erreichen.

Die weltwirtschaftliche Prosperität, an der seit 1890 auch Deutschland erheblichen Anteil nahm, hatte die deutsche Arbeiterklasse zahlenmäßig gewaltig vermehrt, und trotz aller Verfolgungen wuchsen unausgesetzt ihre Organisationen. Karl Radek hat im Februar 1919 in einem Artikel zum Gedächtnis von Karl Liebknecht in der Moskauer „Iswestija" zutreffend folgendes über diese Zeit geschrieben:

„Es begann der „neue Kurs", der Versuch, die Arbeiterklasse durch soziale Zugeständnisse zu gewinnen, und obwohl er äußerlich bald einem neuen scharfen Kurs wich, so war doch der Sinn dieser Epoche der, daß, während der erstarkende Kapitalismus den Massen der qualifizierten Arbeiter erträglichere Lebensbedingungen gewährte, er sie dadurch vom scharfen revolutionären Kampfe zurückhielt. Nach außen hin bekam der Sozialismus „rote Backen". Die Parteiorganisationen wuchsen, die Gewerkschaften blühten auf. In den Zahlabenden und auf den Parteitagen wurden revolutionäre Resolutionen angenommen. In der Praxis aber wurde der Kampf nur für kleine Verbesserungen der materiellen Lage der Arbeiter, nicht für die revolutionären Umwälzungen geführt. Und da Taten für den Charakter einer Partei ebenso maßgebend sind, wie sie den Charakter eines Menschen bestimmen, so wurde die Sozialdemokratie eine Partei der Reform und nicht der Revolution, mochte sie noch so revolutionäre Worte gebrauchen."

Den letzten Parteitag vor dem Kriege hielt die Sozialdemokratie 1913 in Jena ab. Aeußerlich gewährte die Partei ein eindrucksvolles Bild. Die letzte Reichtagswahl hatte ihr 4¼ Millionen Stimmen eingebracht, sie musterte eine Million Parteimitglieder, sie verfügte über 90 Tageszeitungen, 110 Abgeordnete saßen im Reichstag. Aber dieser Parteitag zeigte auch deutlich, daß der Reformismus in der Sozialdemokratie gesiegt hatte. In der inneren Politik hatte die Sozialdemokratie sich vollständig den gegebenen Verhältnissen angepaßt. Sie war zu einem auch von den Gegnern schon vielfach anerkannten Teil des Staatsganzen geworden. Sie beteiligte sich lebhaft an dem Ausbau der Sozialgesetzgebung, sie förderte die Reform im Schulwesen, sie bewilligte in einigen Einzelstaaten die Budgets, auch wenn diese arbeiterfeindlichen Charakter trugen, ja, es wurden schon Steuern auch für volksfeindliche Zwecke bewilligt, wenn dadurch scheinbar eine Belastung des Besitzes erzielt werden konnte. Die Fragen des Staatsrechts spielten in der Agitation fast keine Rolle mehr. In dem zuletzt im Jahre 1911 erschienenen „Handbuch für sozialdemokratische Wähler" heißt es über „Revolution und Umsturz":

„Die Sozialdemokratie steht auf dem Boden der Entwicklung; sie geht von der Ansicht aus, daß kein neuer politischer oder sozialer Zustand dauernd geschaffen werden kann, wenn nicht alle Bedingungen für seine Existenz vorhanden sind und zugleich der neue Zustand einem allgemeinen Bedürfnis großer Gesellschaftsschichten entspricht."

Das Handbuch beruft sich dann auf Aussprüche von Lassalle, Marx, Engels und Bluntschli, um zu folgendem Schluß zu kommen:

„Die Sozialdemokratie weiß, daß sie ihren Feinden den größten Gefallen erwiese, wollte sie zur Gewalt aufreizen; sie wird aber ihren Feinden diesen Gefallen nicht tun. Ihr Ziel ist nicht, die Fäuste auf ihre Seite zu bekommen, sondern die Köpfe, und gegen eine Mehrheit einsichtiger Köpfe, die ein klares Ziel vor Augen haben, kann auf die Dauer keine Macht der Welt aufkommen."

So mußten die Arbeiter immer mehr der Auffassung zuneigen, daß nur noch friedliche Veränderungen möglich seien, daß gewaltsame Umwälzungen nicht mehr kommen würden. Mit dem Stimmzettel würde man die politische Macht erobern; daher sei es nur notwendig, sich an den Wahlen zu beteiligen und die Zahl der sozialdemokratischen Wähler unausgesetzt zu steigern, um von selbst in den sozialistischen Staat hineinzuwachsen.

Nur in der äußeren Politik trat die Partei radikaler auf. Auf den Parteitagen und in den großen Versammlungen wurden regelmäßig Resolutionen gegen den Militarismus, gegen den Imperialismus und die Kriegsgefahr angenommen. Die Partei zeigte der herrschenden Klasse, was ihrer harre, wenn sie die die ganze Welt bedrohenden Heeresrüstungen unaufhörlich fortsetze. Wie prophetisch klingen doch die Worte, die August Bebel im Reichstag in der Marokko-Debatte des Jahres 1911 in die Welt geschleudert hat! Er zeigte erst, wie das Wettrüsten dem unausbleiblichen Ende, dem Zusammenprall der kapitalistischen Mächte zutreibe, und dann rief er aus:

„Dann kommt die Katastrophe. Alsdann wird in Europa der große Generalmarsch geschlagen, auf den hin 16 bis 18 Millionen Männer, die Blüte der verschiedenen Nationen, ausgerüstet mit den besten Mordwerkzeugen, gegeneinander als Feind ins Feld rücken. Aber nach meiner Ueberzeugung steht hinter dem großen Generalmarsch der große Kladderadatsch. Er kommt nicht durch uns, er kommt durch Sie selber. Sie treiben die Dinge auf die Spitze, Sie führen es zu einer Katastrophe, Sie werden erleben, was wir heute nur im allerkleinsten Maßstabe erlebt haben. Die Götterdämmerung der bürgerlichen Welt ist im Anzuge. Seien Sie sicher: sie ist im Anzug! Sie stehen heute auf dem Punkte, Ihre eigene Staats- und Gesellschaftsordnung zu untergraben, Ihrer eigenen Staats- und Gesellschaftsordnung das Totenglöcklein zu läuten. Was wird die Folge sein? Hinter diesem Kriege steht der Massenbankerott, steht das Massenelend, steht die Massenarbeitslosigkeit, die große Hungersnot. Das wollen Sie bestreiten? Jeder, der die Dinge objektiv übersieht, kann sich der Richtigkeit dessen nicht entziehen, was ich hier ausführe. Was hat denn schon das bißchen Marokkofrage in diesem Sommer erzeugt? Den bekannten Run auf die Sparkassen, den Sturz aller Papiere, die Aufregung in den Banken! Das war erst ein kleiner Anfang, es war gegen die Wirklichkeit nichts! Wie wird das erst werden, wenn der Ernstfall eintritt? Dann werden Zustände hervorgerufen werden, die Sie allerdings nicht haben wollen, die aber mit Notwendigkeit kommen — ich wiederhole: nicht durch unsere Schuld, durch Ihre Schuld. Lernt, Ihr seid gewarnt!"

Was Bebel hier vorausgesagt hat, ist wörtlich eingetroffen. Aber nicht erfüllt hat sich seine Ueberzeugung, daß die Sozialdemokratie

sich dem Sturm gewachsen zeigen werde. Freilich, die vom Parteivorstand noch im Jahre 1912 herausgegebene Broschüre „Imperialismus oder Sozialismus?“ schloß mit folgenden Worten:

„So wächst sich der Kampf gegen den Imperialismus immer mehr zum Entscheidungskampf zwischen Kapital und Arbeit aus. Kriegsgefahr, Teurung und Kapitalismus — Friede, Wohlstand für alle, Sozialismus! So ist die Frage gestellt. Großen Entscheidungen geht die Geschichte entgegen. Unablässig muß das Proletariat an seiner welthistorischen Aufgabe arbeiten, die Macht seiner Organisation, die Klarheit seiner Erkenntnis schärfen. Möge dann kommen, was da will, mag es seiner Kraft gelingen, die fürchterlichen Greuel eines Weltkriegs der Menschheit zu ersparen, oder mag die kapitalistische Welt nicht anders in die Geschichte versinken, wie sie aus ihr geboren war, in Blut und in Gewalt: die historische Stunde wird die Arbeiterklasse bereit finden und bereit sein, ist alles.“

Wir müssen heute bekennen: die historische Stunde hat die deutsche Arbeiterklasse und ihre Organisation, die Sozialdemokratische Partei, nicht bereit gefunden. Wie sie auf den Gebieten der inneren Politik sich mit den bestehenden Verhältnissen ausgesöhnt hatte und nur noch die „Auswüchse“ des Kapitalismus bekämpfte, so dankte sie bei Kriegsausbruch auch in der äußeren Politik an die herrschenden Gewalten ab. Die reformistische Richtung hatte auf der ganzen Linie gesiegt. Die kapitalistisch-imperialistische Entwicklung schien auf ihrem Höhepunkt angekommen zu sein, indem die Sozialdemokratie sich in den allgemeinen Burgfrieden einfügte, den Klassenkampf aufsagte und sich als wahrhaft „nationale“ Partei dem Heerbann der Bourgeoisie anschloß.

Der 4. August 1914.

Der Kriegsvorwand der österreichischen und deutschen Kriegstreiber. — Aufruf des Parteivorstands gegen den Krieg. — Zusammentritt des internationalen sozialistischen Bureaus. — Schwenkung in der Partei. — Bewilligung der Kriegskredite. — Die Erklärung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. — Die ersten Gegensätze.

Im September 1914 sollte der internationale Sozialistenkongreß in Wien, etwas später der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Würzburg stattfinden. Die friedlichen Vorbereitungen für diese Tagungen wurden durch den wilden Kriegslärm unterbrochen. Der österreichischen Militärclique war der Thronfolgermord sehr gelegen gekommen. Sie wollte den Krieg und verhinderte durch ihr hinterhältiges diplomatisches Trugspiel eine schiedliche Beilegung des neuen österreichisch-serbischen Konfliktes. Die Wiener Regierung richtete am 23. Juli ihr Ultimatum an Serbien, das nichts anderes als die Niederknüppelung jeden Versuchs war, den Kriegsausbruch zu verhindern. Selbst das Blatt der Zechenbarone, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, erklärte:

„Das österreichisch-ungarische Ultimatum ist nichts als ein Kriegsvorwand, aber diesmal ein gefährlicher. Wie es scheint, stehen wir dicht vor einem österreichisch-serbischen Kriege. Es ist möglich, daß wir osteuropäische Brände mit Gewehren löschen aus Verträgen oder aus dem Zwange des Tages. Aber es ist ein Skandal, wenn die Reichsregierung nicht in Wien verlangt hätte, daß solche Endgebote ihr vorher vorgelegt werden. Heute bleibt nur eines übrig, zu erklären: Für Kriege der habsburgischen Eroberungspolitik sind wir nicht verpflichtet.“

Auch die sozialdemokratische Presse durchschaute selbstverständlich die Absichten der österreichischen Kriegstreiber und sie machte gleichfalls die deutsche Regierung für alle künftigen Schritte Oesterreichs mitverantwortlich. Am 25. Juli erließ der Parteivorstand folgenden Aufruf:

„Noch dampfen die Aecker auf dem Balkan von dem Blute der zu Tausenden Hingemordeten, noch rauchen die Trümmer verheerter Städte, verwüsteter Dörfer, noch irren hungernd arbeitslose Männer, verwitwete Frauen und verwaiste Kinder durchs Land und schon wieder schickt sich die vom österreichischen Imperialismus entfesselte Kriegsfurie an, Tod und Verderben über ganz Europa zu bringen. Verurteilen wir auch das Treiben der groß-serbischen Nationalisten, so fordert doch die frivole Kriegsprovokation der österreichisch-ungarischen Regierung den schärfsten Protest heraus. Sind doch die Forderungen dieser Regierung so brutal,

wie sie in der Weltgeschichte noch nie an einen selbständigen Staat gestellt sind und können sie doch nur darauf berechnet sein, den Krieg geradezu zu provozieren. Das klassenbewußte Proletariat Deutschlands erhebt im Namen der Menschlichkeit und der Kultur flammenden Protest gegen dieses verbrecherische Treiben der Kriegshetzer. Es fordert gebieterisch von der deutschen Regierung, daß sie ihren Einfluß auf die österreichische Regierung zur Aufrechterhaltung des Friedens ausübe, und, falls der schändliche Krieg nicht zu verhindern sein sollte, sich jeder kriegerischen Einmischung enthalte. Kein Tropfen Blut eines deutschen Soldaten darf dem Machtkitzel der österreichischen Gewalthaber, den imperialistischen Profitinteressen geopfert werden. Parteigenossen, wir fordern euch auf, sofort in Massenversammlungen den unerschütterlichen Friedenswillen des klassenbewußten Proletariats zum Ausdruck zu bringen. Eine ernste Stunde ist gekommen, ernster als irgendeine der letzten Jahrzehnte. Gefahr ist im Verzuge! Der Weltkrieg droht! Die herrschenden Klassen, die euch im Frieden knebeln, verachten, ausnützen, wollen euch als Kanonenfutter mißbrauchen. Ueberall muß den Gewalthabern in den Ohren klingen: Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Krieg! Hoch die internationale Völkerverbrüderung!"

Am 29. Juli trat in Brüssel noch einmal, zum letzten Male, das internationale sozialistische Bureau zusammen, um von den Vertretern aller durch den Weltkrieg bedrohten Nationen Erklärungen über die politische Lage in ihren Ländern entgegenzunehmen. In einem einstimmig gefaßten Beschluß forderte es die Proletarier aller beteiligten Nationen auf, die Kundgebungen für den Frieden nicht nur fortzusetzen, sondern zu verstärken. Das deutsche und französische Proletariat sollte kraftvoller als je auf seine Regierungen in dem Sinne einwirken, daß Deutschland auf Oesterreich einen mäßigenden Einfluß ausübe und daß Frankreich bei Rußland bewirke, daß es sich nicht in den Konflikt einmenge. Die Proletarier Großbritanniens und Italiens sollten diese Bestrebungen aufs energischste unterstützen. Die Sitzung des Bureaus beschloß, sofort einen internationalen Kongreß nach Paris einzuberufen, der den entschlossenen Friedenswillen des gesamten Proletariats der Welt zum entschiedenen Ausdruck bringen sollte. Wenige Tage später brach der Krieg aus, der Kongreß konnte nicht mehr abgehalten werden. Aber im Anschluß an die Sitzung des internationalen Bureaus wurde in Brüssel eine gewaltige Friedenskundgebung veranstaltet, an der viele Tausende von Arbeitern teilnahmen und den Rednern der Internationale stürmische Ovationen bereiteten.

Der Kriegsausbruch aber war nicht mehr aufzuhalten. So unfähig sich die deutsche Regierung zu ernster Friedensarbeit zeigte, so geschickt verstand sie es jetzt, den patriotischen Taumel zu wecken und auch die proletarischen Massen in den Wirbel zu ziehen. Die Regie der Kriegstreiber siegte über den Friedenswillen der Arbeiterschaft. Und in den letzten Tagen des Juli schon waren die reformistischen Staatsmänner aus den Reihen der Sozialdemokratie bereit, der Regierung des Krieges durch den Ozean von Blut und Tränen zu folgen. Während die Arbeiter noch Riesenkundgebungen gegen den Krieg veranstalteten, schrieb Friedrich Stampfer, der spätere Chefredakteur des „Vorwärts", in einem Korrespondenzartikel in der Parteipresse der Provinz: „Wenn die verhängnisvolle Stunde

schlägt, werden die Arbeiter das Wort einlösen, das von ihren Vertretern für sie abgegeben worden ist. Die vaterlandslosen Gesellen werden ihre Pflicht erfüllen und sich darin von den Patrioten in keiner Weise übertreffen lassen."

Nach den bisherigen öffentlichen Kundgebungen der Partei bestand für die Genossen im Lande kein Zweifel darüber, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Kriegskredite ablehnen würde. Am 31. Juli war der Kriegszustand erklärt worden, die Presse durfte nicht mehr frei reden, Versammlungen konnten nicht mehr veranstaltet werden, die brutale Faust der militärischen Machthaber hatte sich auf das öffentliche Leben Deutschlands gelegt. Am 1. August kam die Meldung, daß Jaurès, der Führer der französischen Sozialisten, der große Friedensfreund, von einem Mordbuben meuchlings getötet worden war. Eine Zeit der ungeheuersten Spannung und der tiefsten seelischen Depression! Alles blickt nach Berlin, wo am 3. August die entscheidende Fraktionssitzung stattfand. Die Verweigerung der Kredite für den Krieg war nunmehr die einzige Gelegenheit, den herrschenden Klassen zu zeigen, daß das Proletariat auch in dieser Stunde nichts mit ihrer Politik zu tun haben wolle. Aber es kam anders. Die Reichstagsfraktion beschloß mit großer Mehrheit, die Kredite zu bewilligen. Es war, wie der Kriegspatriot Konrad Haenisch zwei Jahre später schrieb, ein „in seiner Art schlechterdings beispielloser Frontwechsel". In dem Vorwort zu seinem Buch über die Reichstagsreden gegen die deutsche Kriegspolitik sagte Hugo Haase von jenen Stunden: „Verwirrt und enttäuscht schauten die Wurzelfesten auf die Führer, diese schwammen mit dem Strom." Die Arbeiter in dem Lande wußten in der Tat zuerst nicht, was sie mit diesem Ereignis beginnen sollten. Hatten unsere Reichstagsabgeordneten besondere Informationen von der Regierung erhalten, die sie davon überzeugen mußten, daß die unbedingte Unterstützung der deutschen Kriegspolitik zur Verteidigung des von allen Seiten angegriffenen Vaterlandes geboten sei? Ach nein, die Fraktion in ihrer Gesamtheit hätte schon damals erkennen können, daß es sich um den Beginn eines Eroberungskrieges handelte, für dessen Ausbruch die deutsche Regierung in vollem Umfange verantwortlich zu machen war. Am 4. August legte die deutsche Regierung dem Reichstag ein Weißbuch vor, aus dem für jeden, der sehen wollte, die Kriegsschuld der deutschen Regierung klar vor Augen trat. Aber die Mehrheit der Fraktion wollte nicht sehen, sie glaubte an das Märchen von dem ruchlos überfallenen Deutschland. Mit vollem Recht stellte Rosa Luxemburg in ihrer Juniusbroschüre folgendes fest:

> „Das Weißbuch erklärt uns klipp und klar: 1. daß die österreichische Regierung vor ihrem Schritt gegen Serbien Deutschlands Einverständnis eingeholt hatte; 2. daß die deutsche Regierung sich vollkommen bewußt war, daß das Vorgehen Oesterreichs zum Kriege mit Serbien und im weiteren Verfolg zum europäischen Kriege führen würde; 3. daß die deutsche Regierung Oestereich nicht zur Nachgiebigkeit riet, sondern umgekehrt erklärte, daß ein nachgiebiges, geschwächtes Oesterreich kein würdiger Bundesgenosse mehr für Deutschland sein könnte; 4. daß die deutsche Regierung Oesterreich vor dessen Vorgehen gegen Serbien auf

alle Fälle den Beistand im Kriege fest zugesichert hatte, und endlich 5., daß die deutsche Regierung sich bei all dem die Kontrolle über das entscheidende Ultimatum Oesterreichs an Serbien, an dem der Weltkrieg hing, nicht vorbehalte, sondern Oesterreich völlig freie Hand gelassen hatte."

Das alles erfuhr unsere Reichstagsfraktion am 4. August. Und noch eine neue Tatsache erfuhr sie aus dem Munde der Regierung am gleichen Tage: daß die deutschen Heere bereits in Belgien einmarschiert waren. Aus alledem aber schloß die Mehrheit der Fraktion, daß es sich um einen Verteidigungskrieg Deutschlands gegen eine fremde Invasion, um die Existenz des Vaterlandes, um Kultur und einen Freiheitskrieg gegen den russischen Despotismus handele! Konnte der wirkliche Hintergrund des Krieges und die ihn notdürftig verdeckende Kulisse, konnte das ganze diplomatische Spiel, das den Kriegsausbruch umrankte, das Geschrei von der Welt von Feinden, die alle Deutschland nach dem Leben trachteten, es schwächen, erniedrigen, unterjochen wollten, konnte das alles für die deutsche Sozialdemokratie eine Ueberraschung sein, an ihr Urteilsvermögen zu hohe Anforderungen stellen? Aber nur eine Minderheit von 14 Abgeordneten erkannte den wirklichen Sinn des Krieges und stimmte in der Fraktion gegen die Bewilligung der Kredite. In der Sitzung des Reichstages vom 4. August gab dann Hugo Haase im Auftrage der Fraktion folgende Erklärung ab:

„Wir stehen vor einer Schicksalsstunde. Die Folgen der imperialistischen Politik, durch die eine Aera des Wettrüstens herbeigeführt wurde, und die Gegensätze zwischen den Völkern sich verschärften, sind wie eine Sturmflut über Europa hereingebrochen. Die Verantwortung hierfür fällt den Trägern dieser Politik zu, die wir ablehnen. Die Sozialdemokratie hat diese verhängnisvolle Entwicklung mit allen Kräften bekämpft und noch bis in die letzten Stunden hinein hat sie durch machtvolle Kundgebungen in allen Ländern, namentlich in innigem Einvernehmen mit den französischen Brüdern, für die Aufrechterhaltung des Friedens gewirkt. Ihre Anstrengungen sind vergeblich gewesen. Jetzt stehen wir vor der ehernen Tatsache des Krieges. Uns drohen die Schrecknisse feindlicher Invasionen. Nicht für oder gegen den Krieg haben wir heute zu entscheiden, sondern über die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel. Nun haben wir zu denken an die Millionen Volksgenossen, die ohne ihre Schuld in dieses Verhängnis hineingerissen worden sind. Sie werden von den Verheerungen des Krieges am schwersten getroffen. Unsere heißen Wünsche begleiten unsere zu den Fahnen gerufenen Brüder ohne Unterschied der Partei. Wir denken auch an die Mütter, die ihre Söhne hergeben müssen, an die Frauen und Kinder, die ihres Ernährers beraubt sind, denen zu der Angst um ihre Lieben die Schrecken des Hungers drohen. Zu ihnen werden sich bald Zehntausende verwundeter und verstümmelter Kämpfer gesellen. Ihnen allen beizustehen, ihr Schicksal zu erleichtern, diese unermeßliche Not zu lindern, erachten wir als zwingende Pflicht. Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht bei einem Sieg des russischen Despotismus, der sich mit dem Blute der Besten des eigenen Volkes befleckt hat, viel, wenn nicht alles auf dem Spiel. Es gilt diese Gefahr abzuwehren, die Kultur und die Unabhängigkeit des eigenen Landes sicherzustellen. Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland

nicht im Stich. Wir fühlen uns dabei im Einklang mit der Internationale, die das Recht jedes Volkes auf nationale Selbständigkeit und Selbstverteidigung jederzeit anerkannt hat, wie wir in Uebereinstimmung mit ihr jeden Eroberungskrieg verurteilen. Wir hoffen, daß die grausame Schule der Kriegsleiden in neuen Millionen den Abscheu vor dem Kriege wecken und sie für das Ideal des Sozialismus und des Völkerfriedens gewinnen wird. Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht. Wir fordern dies im Interesse nicht nur der von uns stets verfochtenen Solidarität, sondern auch in dem Interesse des deutschen Volkes. Von diesen Grundsätzen geleitet, bewilligen wir die geforderten Kredite."

In dieser Sitzung des Reichstages unterwarfen sich bis auf Genossen Fritz Kunert, der sich an der Abstimmung nicht beteiligte, alle Abgeordneten der Sozialdemokratie dem bisher üblichen Fraktionszwang, so daß nach außen der Eindruck der einstimmigen Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion zu den Kriegskrediten hervorgerufen wurde. Hugo Haase, der in der Fraktionssitzung vom 3. August die Bewilligung der Kredite am heftigsten bekämpfte, ließ sich aus Parteidisziplin dazu bewegen, in der Sitzung des Reichstages die Erklärung der Fraktion als ihr Vorsitzender und als Vorsitzender der Partei vorzulesen.

In seinem schon erwähnten Buch schreibt Haase über jene Tage:

„Die wenigen unter ihnen, (den Führern) die den alten Grundsätzen die Treue bewahrten, trennten sich aus Solidaritätsgefühl nicht von ihren Kampfgenossen. So entstand das Bild einer einzigen burgfriedlichen Sozialdemokratie. In Wahrheit offenbarten sich schon beim Ausbruch des Krieges starke Gegensätze innerhalb der Sozialdemokratie, die bis dahin latent geblieben waren. Mit 13 Fraktionsgenossen forderte ich am 4. August 1914 in der Fraktion die Ablehnung der Kriegskredite als Konsequenz unserer prinzipiellen Gegnerschaft gegen das herrschende System, dem die Verantwortung für den imperialistischen Krieg zuzuschreiben sei. Die Mehrheit der Fraktion bestritt, daß die deutsche Regierung auf Eroberungen ausgehe und stimmte für die Bewilligung der Kriegskredite, bekundete aber den Entschluß, daß „falls der Krieg den Charakter eines Eroberungskrieges annehmen sollte", der entschiedenste Widerstand geleistet werden müsse. Da nach einer festen Tradition die Fraktion im Reichstage stets geschlossen auftrat, die Minderheit sich der Mehrheit fügte, so wurde in der Reichstagssitzung vom 4. August für die gesamte Fraktion eine einheitliche Erklärung abgegeben."

Karl Liebknecht hat die Tage um den 4. August 1914 in einer während des Krieges verbreiteten Schrift „Klassenkampf gegen den Krieg", folgendermaßen geschildert:

„In der Fraktionssitzung ergriff David als erster das Wort. Er meinte, der Augenblick gebiete, sich von überkommenen Vorstellungen loszusagen und umzulernen; die Sozialdemokratie werde in dieser Zeit noch in vielen Dingen umlernen müssen. Er beantragte im Namen der Mehrheit des Fraktionsvorstandes die Bewilligung der Kredite; sie möge mit einer Erklärung motiviert werden — aber mit einer Erklärung, die alle Polemik vermeide, die sich ohne Vorbehalt schlechthin mit der Regierung und allen bürgerlichen Parteien solidarisch erkläre — was dem Gros der Bewilligungsfreunde immerhin

zu weit ging. Für die Bewilligung wurden u. a. die angeblichen feindlichen Invasionen von Ost und West ins Feld geführt, Grenzgeplänkel, denen wichtige deutsche Angriffshandlungen gegenüberstanden (z. B. Besetzung des neutralen Luxemburg, Beschießung von Libau, die Vorbereitung zum Ueberfall auf Belgien, die freilich damals dem deutschen Volk noch verschwiegen wurde). Man hörte die Parole: „Gegen den Zarismus", Bebels Flintenrede, die stereotyp gewordenen literarischen „Beweise". Es hieß weiter u. a.: „Der Volksstimmung dürfen und können wir uns nicht entgegenwerfen; Jaurès Ermordung und die (damals lügenhaft gemeldete!) Ermordung Caillaux' zeigen den Hitzegrad der Kriegsstimmung in Frankreich; durch diesen Krieg wird Deutschland Frankreich vom Bündnis mit Rußland befreien; die russische Niederlage bedeutet den Sturz des Zarismus; die deutsche Sozialdemokratie kann sich in einem solchen Moment nicht ausschalten lassen; unsere Organisationen werden vernichtet, zertrümmert, wenn wir die Kredite verweigern — das „Ja" aber wird die Stellung der Sozialdemokratie gewaltig stärken — die Regierung wird nicht mehr in der Lage sein, diese Partei als außerhalb der Gesetze stehend zu behandeln; eine starke demokratische Welle wird nach dem Kriege kommen." Kautsky, der die Konstruktion der Notstandskredite anregte, schlug vor: der Regierung die Zusicherung abzufordern, daß sie keine Eroberungen wolle und bei Abgabe der Zusicherung zu bewilligen, bei Verweigerung abzulehnen; der Vorschlag fand allgemeine Zurückweisung.

Die Mehrheit hörte nur mit Ungeduld und Unruhe die Vertreter der Minderheit an. Ein Schlußantrag machte der sehr erregten Debatte ein ziemlich frühes Ende.

Nur 14 Genossen (außer dem fehlenden Emmel, der sich später in gleichem Sinne aussprach) stimmten gegen die Kreditbewilligung (Albrecht, Antrick, Bock, Geyer, Haase, Henke, Herzfeld, Ledebour, Lensch, Liebknecht, Peirotes, Rühle, Vogtherr). 78 stimmten dafür. Einige sollen sich der Stimme enthalten haben.

Haase beantragte, die Erklärung durch Scheidemann verlesen zu lassen. Hoch und andere widersprachen und forderten die Verlesung durch Haase, der nicht nur wie Scheidemann Vorsitzender der Fraktion, sondern auch des Parteivorstandes sei. Haase weigerte sich nachdrücklich, ließ sich aber, von zahlreichen Fraktionsmitgliedern bestürmt, schließlich dazu bewegen.

Der Antrag, bei dem Hoch auf „Kaiser, Volk und Vaterland" mit aufzustehen, wurde bekämpft, aber unter Hinweis auf die in der Erwähnung von Volk und Vaterland liegende Konzession mit großer Mehrheit angenommen.

Eine Kommission zur Ausarbeitung der Erklärung wurde eingesetzt. Sie legte am Morgen des 4. August das Produkt ihres Schweißes vor, das mit einigen kleinen Aenderungen Annahme fand. Stadthagen forderte vergeblich eine scharfe Wendung zur Kennzeichnung der innerpolitischen Zustände Deutschlands. Liebknechts Antrag, unseren französischen Freunden wenigstens noch ein Wort der Sympathie und Brüderlichkeit zuzurufen, führte — nachdem er von Frank bekämpft war — zur Einführung einer nichtssagenden Floskel. Sein weiterer Antrag, auch für Oesterreich jede Eroberungspolitik abzulehnen, fiel; David bemerkte hierbei, daß die Frage österreichischer Eroberungen viel zu kompliziert liege, als daß sie kurzweg schlechthin verneint werden könnte.

In der ersten Plenarsitzung klatschten mehrere sozialdemokratische Abgeordnete (Südekum, Heine, Frank, Wendel und andere) beifallrufend einigen Stellen der Reichskanzlerrede zu. Unmittelbar nach

dieser und vor der zweiten, kurz danach eröffneten Plenarsitzung, fand eine kurze Fraktionssitzung statt, in der es zunächst wegen dieser „patriotischen" Kundgebungen zu heftigen Zusammenstößen kam; für die zweite Sitzung wurden derartige Kundgebungen durch besonderen Fraktionsbeschluß verboten — um am 2. Dezember doch wiederholt und in der Fraktion von Heine gerühmt zu werden. Es wurde weiter mitgeteilt, daß die Regierung eine Abschwächung des gegen Eroberungen gerichteten Passus der Erklärung wünsche, weil die drohende Gefahr des englischen Eingreifens durch diesen Passus verschärft werden könne. Dem Wunsche der Regierung wurde entsprochen.

Versuche, eine abweichende Abstimmung der Vierzehn im Plenum zu erzielen, waren in der Ueberstürzung der wenigen Stunden mißlungen. Haase, selbst ein Vertreter der Kreditverweigerung, hatte sich zur Abgabe der Erklärung bestimmen lassen; auch die Minderheit rechnete noch damit, daß die Partei im übrigen dennoch eine oppositionelle Politik, eine Politik des Klassenkampfes auch während des Krieges treiben werde, daß die Kreditbewilligungen vom größten Teil der Mehrheit nur in dem revolutionären Sinn des viel mißbrauchten Engels-Artikels gemeint sei und schroffste Konflikte zwischen Partei und Staatsgewalt nicht ausbleiben würden; man trug Bedenken, sich in dieser gefahrvollen Lage, in der man die Partei trotz alledem vermeinte, von der Mehrheit der Fraktion öffentlich zu trennen. Aus diesen und zahlreichen anderen Gründen kam kein öffentliches Minderheitsvotum zustande.

Alsbald nach dem 4. August zeigten sich in der Partei, besonders in ihrer Presse, die bedenklichsten Erscheinungen — Chauvinismus, Annexionssucht, Harmonieduselei; besinnungslose Solidarisierung mit den Todfeinden des Proletariats von gestern und von morgen, die plötzlich in einer trüben Einigkeitsphrasen-Hochflut zu Busenfreunden von heute umgewaschen wurden.

Aber es dauerte nicht lange, so begann sich im Lande die Opposition gegen die Kriegspolitik der leitenden Parteiinstanzen zu regen. Erst tastend, vereinzelt und zerstreut erhoben sich im Proletariat Stimmen, die die Abkehr von dem verderblichen Wege forderten; immer stärker wuchs der Chor an, vergeblich waren alle Unterdrückungsversuche. Weder die Gewaltstreiche des Parteivorstandes, noch die Brutalitäten der militärischen und zivilen Machthaber haben zu verhindern vermocht, daß die Opposition in der Partei von Monat zu Monat wuchs und schließlich den Boden ebnete, auf dem drei Jahre später die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich bilden konnte.

Die beginnende Opposition.

Die Beschlüsse der Internationalen Sozialistenkongresse und der deutschen Parteitage. — Urteile des sozialistischen Auslandes über die Kreditbewilligung. — Der erste Widerstand gegen die Kriegspolitik. — Erklärungen der „Vorwärts"-Redakteure. — Gegen den parteigenössischen Kadavergehorsam. — Der Umfall der Pseudo-Marxisten. — Leichenschändung an den Altmeistern des Sozialismus.

Die Regie hatte glänzend gearbeitet; fast das ganze deutsche Volk war der Kriegspsychose verfallen und auch die Mehrheit der sozialdemokratischen Parteiführer wurde von dem patriotischen Taumel ergriffen. Selbst solche Leute, von denen man sich nach ihrer Vergangenheit in der Arbeiterbewegung einer ernsteren Einsicht hätte versehen können, nahmen das unsinnigste Zeug gläubig hin. Man erinnere sich, welche Rolle selbst in amtlichen Dokumenten neben den Tausenden von Spionen, den durch Deutschland rasenden Geldautomobilen, den Brunnenvergiftungen im Elsaß besonders die Fliegerbomben spielten, die auf bayerische Eisenbahnen und Städte noch vor dem Kriegsausbruch abgeworfen worden sein sollen. In dieser Stimmung erregte es kaum Aufsehen, daß die deutschen Heere in das neutrale Belgien einmarschierten, bevor noch der Krieg erklärt war. Es verschlug bei der Mehrheit der Reichstagsfraktion auch nichts, daß ihre Haltung in Widerspruch mit den Beschlüssen der deutschen Parteitage und der internationalen Sozialistenkongresse stand. Noch der Friedenskongreß von Basel vom 24. und 25. November 1912 hatte an die Entschließungen der internationalen Kongresse von Kopenhagen erinnert, worin es hieß:

„Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Bureaus, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.

Der Baseler Kongreß erinnerte an diese Resolution und verlangte insbesondere von der Arbeiterklasse Deutschlands, Frankreichs und Englands, sich jeder Einmischung in die Balkanwirren zu enthalten und es zu verhindern, daß es wegen eines serbisch-österreichischen Streits zum Kriege zwischen den Kulturvölkern komme. Dem kapitalistischen Imperialismus müsse die Kraft der internationalen Solidarität des Proletariats entgegengestellt werden. Kurz zuvor noch hatte der deutsche Parteitag in Chemnitz eine Entschließung angenommen, worin es hieß, daß die Sozialdemokratie aufs Nachdrücklichste alle imperialistischen und chauvinistischen Bestrebungen bekämpfe und alles daran setzen werde, um eine Verständigung zwischen den Nationen herbeizuführen.

Alle diese Beschlüsse und Kundgebungen waren am 4. August 1914 vergessen. Im Ausland aber hatte man sie noch im Gedächtnis und man erwartete auch ganz allgemein, daß die deutsche Sozialdemokratie sich aufs heftigste gegen die Regierung des Krieges wenden und selbstverständlich die Kriegskredite ablehnen würde. Deshalb stießen die alarmierenden Meldungen, die über die Vorgänge in dem nach Ausbruch des Krieges von der Außenwelt abgesperrten Deutschen Reich im Auslande umliefen, überall auf Glauben. Man erzählt sich dort, daß die deutsche Militärbehörde Dutzende von sozialdemokratischen Abgeordneten und andere Führer der Arbeiterbewegung, an der Spitze Ledebour, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Hugo Haase, füsiliert habe, und daß gegen die Partei die wüstesten Verfolgungen eingesetzt hätten. Umso größer war dort die Enttäuschung, als man von dem hurrapatriotischen Umfall der Parteiinstanzen erfuhr. So schrieb die „New Yorker Volkszeitung" am 19. August 1914:

„Nach den heute von uns an anderer Stelle veröffentlichten Nachrichten unterliegt es leider keinem Zweifel mehr, daß die sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstages die fünf Millionen Kriegskredit bewilligte; die Regierung Wilhelms II. hatte also wirklich die ganze Volksvertretung hinter sich, als sie zu einem Kriege aufrief, dessen Konsequenzen heute noch garnicht abzusehen sind.

Wir haben bereits am 6. August — als die ersten Kabelmeldungen das Zustimmungsvotum unserer deutschen Genossen ankündigten — erklärt, daß wir diese Stellungnahme nicht verstehen können, und nun verleiht unser holländisches Bruderblatt „Het Volk" genau der gleichen Ansicht Ausdruck. Ja, wir müssen gestehen, daß uns der Wortlaut der Haaseschen Rede diese Abstimmung der deutschen Reichstagsabgeordneten nur noch unverständlicher macht, weil sie auch nicht das geringste Motiv für die Gesinnungsänderung, welche unzweifelhaft seit dem 25. und 29. Juli — den Tagen der letzten Kriegsproteste — eingetreten war, erkennen läßt.

Denn es ist einfach undenkbar, daß sich unsere Genossen durch den Bugabo des russischen Despotismus in ihre unbegreifliche Haltung hineinjagen ließen. Wußten sie doch nur zu genau, wie geschickt diese deutsche Regierung noch immer ihre Vogelscheuchen aufzustellen verstand, wenn es sich darum handelte, das dumme Volk in nationale Begeisterung zu versetzen. Die Septennatswahl von 1887, die Hottentottenwahl, der Chinafeldzug und nicht zu vergessen die „Emser Depeschen-Redigierung" sind einige der Beispiele, die nicht so leicht zu vergessen sind. Ein Krieg gegen Frankreich oder England wäre im höchsten Maße unpopulär gewesen, darum mußte der Umweg über Rußland genommen werden."

Fritz Adler hat den Eindruck, den die Haltung der Parteimehrheit damals im Auslande machte, in der österreichischen Zeitschrift „Der Kampf" vom Januar 1915 in folgender Weise geschildert:

„Nur wenn man ganz erfaßt, wie teuer die deutsche Sozialdemokratie den Genossen des Auslandes war, wie sie geradezu für jeden einzelnen den höchsten Stolz und den Quell der Siegeszuversicht bildete, kann man die psychologische Wirkung der Ereignisse seit Kriegsausbruch verstehen. Schon allein die Tatsache, daß die deutsche Sozialdemokratie Halt machen mußte, daß nicht mehr ihr Klassenkampf, sondern der Krieg die Weltbühne beherrscht, wirkte — so wenig vorher jemand theoretisch diese Möglichkeit bestritten hätte — plötzlich real geworden, erschütternd. Daß die deutschen Proletarier als Soldaten ihre Pflicht tun werden, konnte man voraussehen, daß aber die deutsche Arbeiterklasse als Partei plötzlich und in aller Form mit den herrschenden Klassen Waffenstillstand schließen, sich mit ihnen zu gemeinsamer Aktion vereinigen werde, war für Freund wie Gegner eine Ueberraschung. Wir haben an dieser Stelle nicht zu untersuchen, ob oder inwieweit dieser Schritt unausweichlich war, sondern nur seine psychologische Wirkung festzustellen. Sie ergriff die Sozialisten des Auslandes mit gleicher Wucht wie die Deutschlands, obwohl in fast allen Ländern die Partei des Proletariats oder wenigstens Teile von ihr den gleichen Weg gegangen waren. Doch daß dies auch in Deutschland geschehen konnte, daß auch diese große unbeugsame Sozialdemokratie sich beugen mußte, daß auch die stolze Vorhut der Internationale dem Schicksal nicht entging, das wurde für die Arbeiter der ganzen Welt zum wahren experimentum crucis ihrer Kraft und zum Symbol der historischen Situation."

Nicht die ganze Partei hatte in diesen Tagen die Besinnung verloren. Von Anfang an fanden sich Männer, die sich entschlossen, dem Kriegstaumel entgegenstemmten. Auch außerhalb der Reichstagsfraktion regte sich sofort der Widerstand gegen die Kriegspolitik der Instanzen. Besonders die württembergischen Parteigenossen, an deren Spitze Crispien, Westmeyer und Clara Zetkin standen, wandten sich von Anfang an scharf gegen die Bewilligung der Kriegskredite und verlangten, daß die Reichstagsfraktion die Beschlüsse der internationalen Kongresse und der deutschen Parteitage respektiere. Während man aber den Verfechtern der Kreditbewilligung die weiteste Meinungsäußerung zugestand, hinderte der Kriegszustand die Gegner der sozialdemokratischen Kriegspolitik an der öffentlichen Begründung ihrer Auffassungen.

Nachdem die Reichstagsfraktion am 3. August ihren Beschluß gefaßt hatte, gaben die Redakteure des „Vorwärts", des Zentralorgans der Partei dem Parteivorstand folgende Erklärungen ab, die während des Krieges freilich niemals veröffentlicht worden sind:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat heute, nachdem gestern in einer Fraktionssitzung gegen 14 Stimmen der Beschluß gefaßt worden war, der Regierung die geforderten Kriegskredite zu bewilligen, nicht nur für die Gesetzentwürfe betreffend die Aenderung des Bank- und Münzgesetzes, das Darlehnskassengesetz, die Zahlungsfristverlängerung für Wechsel und Schecks gestimmt, sondern auch für die von der Regierung zum Zwecke der Kriegsführung verlangten 5 Milliarden Kredite. Begründet wird diese Haltung damit, daß jetzt, nachdem nun einmal der Krieg erklärt sei, es sich nicht mehr um die Entscheidung für oder gegen den Krieg handele, sondern um die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel."

Ausschließlich die Rücksicht auf die jetzige gefährliche Lage unserer Partei und die Erhaltung unserer Presse hindert uns, diese Bewilligung der Kriegskreditforderungen im „Vorwärts" einer öffentlichen Kritik zu unterziehen; doch können wir nicht darauf verzichten, dem Parteivorstand und der Presskommission wissen zu lassen, daß wir die Haltung der Fraktion für inkonsequent und in ihren Folgen für parteischädigend halten.

Mit derselben Argumentation, mit der die Fraktionserklärung die Zustimmung zu den 5 Milliardenkrediten motiviert, können fast alle Militärforderungen begründet werden. Fast immer kann gesagt werden, daß, nachdem nun einmal von den anderen Parteien neue Heeres- und Flottenverstärkungen bewilligt sind, also nichts mehr an der Vermehrung zu ändern sei, unbedingt die Sicherheit des Vaterlandes und das Eigeninteresse der Mannschaften erfordere, daß sie möglichst gut ausgerüstet und nicht mit unzulänglichen Monturen, Gewehren, Kanonen usw. gegen den Feind geschickt würden. Dazu kommt, daß die Zustimmung einen schweren Schlag für die Internationale bedeutet, daß er eine Lockerung des Zusammenhanges zwischen den verschiedenen Zweigen der internationalen Arbeiterbewegung bewirken muß, und daß er die Stellung der deutschen Sozialdemokratie innerhalb dieser Bewegung schädigt; vor allem aber, daß mit der Bewilligung der Kriegskredite die deutsche Sozialdemokratie trotz der Ablehnung solcher Folgerung in der Fraktionserklärung eine gewisse Mitverantwortlichkeit für den Krieg und die sich aus ihm ergebenden Folgen übernimmt; eine Verantwortlichkeit, die sich in Zukunft schwer rächen kann.

Berlin, den 4. August 1914.

Die Redaktion des „Vorwärts".

Cunow, Hilferding, Leid, John, Däumig, Ströbel, Weber, Wermuth, Scholz.

Die unterzeichneten Redakteure des „Vorwärts" können sich der Erklärung ihrer Kollegen nicht anschließen, da sie eine Ablehnung der Kriegskredite nicht hätten gutheißen können. Dagegen finden sie, daß durch die bedingungslose Zustimmung die Interessen des Proletariats nicht genügend gewahrt wurden. Mindestens hätte in der begleitenden Erklärung der sozialistische Standpunkt viel stärker hervortreten müssen.

Nestriepke, Doescher.

Stadthagen bemerkte hierzu: Richtiger als eine Ablehnung hielt und halte ich noch heute eine Bewilligung, falls die Begründung derselben klar betont, daß die Arbeiter aller Länder sich nicht bekriegen, daß die Entscheidungen über Krieg und Frieden in Rußland wie in Deutschland nicht dem Volk, sondern einigen Personen zusteht, die auf die Dauer dem Einfluß kapitalistischer Interessenkliquen und der Militärkamarilla nicht widerstehen können, daß ferner die russischen Kriegshetzer dem russischen Volk gegenüber dieselben Ziele der Vorenthaltung der politischen Gleichberechtigung und der dauernden wirtschaftlichen Unterdrückung verfolgen wie die Kriegshetzer in Deutschland. Ferner müßte in der Erklärung scharf hervorgehoben werden, daß wir die Verantwortung für den Krieg ablehnen, aber uns in einer Zwangslage befinden, weil der Zarismus mit einer Invasion droht. Wir stimmen deshalb für die Kredite, um gegen den Zarismus, nicht aber gegen die Arbeiter und um für die

Freiheit in Deutschland und Rußland, sowie für eine Annäherung und Verbrüderung der Völker, insbesondere des französischen zu wirken, dessen Vertreter Jaurès wegen seines Eintretens für den Frieden ermordet ist.

In der Fraktionssitzung erklärte ich, da ich und andere durch Diskussionsschluß an der Darlegung meines Standpunktes gehindert war, zur Geschäftsordnung im eigenen Namen und für eine Anzahl Fraktionskollegen: wir könnten nur dann für eine Annahme stimmen, wenn diesen Gesichtspunkten Rechnung getragen würde. Dementsprechend enthielt ich mich der Stimme. Als am folgenden Tage ein Erklärungsentwurf von einer Kommission vorgelegt wurde, setzte ich mit großer Mühe durch, daß über Abänderungsvorschläge gestimmt würde. Für mich und eine Reihe anderer Kollegen erklärte ich die Erklärung für unannehmbar, wenn nicht mindestens 1. ausgesprochen wird, wir lehnen die Verantwortung ab, 2. Absatz 4 und 5 gestrichen würden, 3. im Absatz 6 nach „befleckt hat" eingeschaltet wird: „und dieselben politischen Ziele dem eigenen Volke gegenüber verfolgt, wie die Kriegshetzer bei uns unserem Volke gegenüber." Es wurde aber nur der erste Antrag angenommen, die beiden anderen abgelehnt. In der Fraktion stimmte ich gegen die so gestaltete im Plenum abgegebene Erklärung. Im Plenum stimmte ich trotzdem für die Bewilligung, weil Fraktionszwang ausgesprochen war und unter den obwaltenden Umständen eine Durchbrechung dieses Zwanges die Partei schwer geschädigt hätte."

Der Redaktion des „Hamburger Echo", das früher an der Spitze des radikalen Flügels der Partei gestanden hatte, aber schon vor Kriegsausbruch in eine wahre nationalistische Raserei verfallen war, wurde am 13. August folgende Erklärung unterbreitet:

„Der jetzige Weltkrieg ist nicht ein Krieg der Völker wider die Völker und nicht im Interesse der Völker, sondern ein Krieg im Interesse des internationalen Finanzkapitals. Er ist seiner Grundlage nach ein Krieg zwischen dem jungen, nach Ausdehnung drängenden deutschen und dem gefestigten, sich bedroht fühlenden englischen Imperialismus. Die Vorgänge, die unmittelbar den Kriegsausbruch veranlaßt haben, sind nur äußere Erscheinungsformen, die über das Wesen dieser Gegensätze nicht hinwegtäuschen dürfen. Ebensowenig darf die Tatsache, daß die von den führenden Schichten der Großstaaten betriebene Politik zur Bedrohung unserer nationalen Existenz geführt hat, zur Verkennung der imperialistischen Ursachen und der imperialistischen Ziele dieses Krieges führen.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, legen wir Verwahrung ein gegen die Haltung des „Hamburger Echo", dessen Bewertung der Ereignisse sich von der bürgerlichen Auffassung kaum unterscheidet.

Hamburg, am Todestage August Bebels.

Dr. Laufenberg, Dr. Herz-Altona, Wolffheim."

Die Wortführer der Instanzenmehrheit haben später gegen die oppositionellen Kreise den Vorwurf erhoben, daß sie durch ihre Disziplinlosigkeit die Grundlage der Arbeiterbewegung zerstört hätten. Allen Ernstes ist zuerst von allen Parteigenossen verlangt worden, daß sie selbst in diesen grundsätzlichen Fragen den Mund halten und bedenkenlos alles hinnehmen sollten, was die auf unerreichbaren und unerforschlichen Höhen thronenden Parteigötter beschlossen hatten. Gegenüber dieser Theorie des parteigenössischen Kadavergehorsams hat Gustav Eckstein am 8. Januar 1915 in der „Neuen Zeit" folgendes ausgeführt:

„Sicherlich muß jeder von uns danach streben, sich in einer Frage, die unsere Lebensinteressen so entscheidend berührt, ein eigenes Urteil zu bilden, und vielen ist das gewiß nach schwereren und leichteren inneren Kämpfen gelungen. Sie haben nun nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, für ihre Ueberzeugung einzustehen und sie nach Kräften in der Partei zur Geltung zu bringen. Wird doch diese Ueberzeugung nicht durch Rücksicht auf die eigene Person diktiert, sondern, sofern es eben Sozialdemokraten sind, durch das Interesse der Partei, d. h. das Interesse der proletarischen Gesamtbewegung. Wollen sie diesem dienen, dann müssen sie bestrebt sein, die Masse der Parteigenossen von der Richtigkeit ihrer Ansichten zu überzeugen. Das kann und darf aber nicht dadurch geschehen, daß man den Verfechter anderer Auffassungen innerhalb der Partei mundtot macht. Gewiß liegt es gerade in so schwierigen Zeiten nicht im Interesse der Partei, daß alle Meinungsverschiedenheiten vor der breitesten Oeffentlichkeit ausgetragen werden, und ebenso erfordert es gerade der Ernst der Zeit, daß an der Einheitlichkeit der Aktion festgehalten werde, soweit es irgend geht. Aber das ist ja eben einer der Hauptvorteile der straffen Organisation, auf die die deutsche Sozialdemokratie mit Recht so stolz ist, daß unseren Parteigenossen Gelegenheit geboten ist, auch in kleinem und geschlossenem Kreis zu beraten und zu besprechen, was für die Partei von Wichtigkeit ist; und diese Besprechung zu verhindern oder auch nur zu beschränken, das wäre der schwerste, der verhängnisvollste Fehler, den eine Parteileitung begehen könnte.

Sind solche Methoden schon in ruhigen Zeiten verwerflich, so würde derjenige, der sie heute zur Anwendung bringen wollte, eine ganz ungeheuerliche Verantwortung auf sich laden. Er würde gerade in der Zeit der schwersten und verantwortungsvollsten Entschlüsse die Partei das Proletariat entmündigen und ihnen seinen eigenen Willen, seine eigene Erkenntnis gewaltsam aufnötigen."

Der Parteivorstand in seiner Mehrheit hat diese Schuld auf sich genommen. Er versuchte, dem Proletariat den eigenen Willen zu rauben und die ganze Partei in den Schraubstock einer von oben diktierten Meinung zu pressen. Das ist freilich nicht gelungen. Aber die Mehrheit des Parteivorstandes hat damit die Verantwortung vor der Geschichte zu tragen, daß sie die deutsche Sozialdemokratie auseinandergerissen, die Arbeiterbewegung zerrüttet und auf Jahre hinaus aktionsunfähig gemacht hat.

In der Provinz behielten nur wenige Blätter, wie die „Leipziger Volkszeitung", die „Bremer Bürgerzeitung", das „Volksblatt" in Halle, die „Schwäbische Tagwacht" in Stuttgart ihren kritischen Kopf auch den Kriegsereignissen gegenüber. Im allgemeinen aber tat die von der Regierung ausgegebene und von den Parteiinstanzen willig übernommene Parole „Gegen den Zarismus" ihre Wirkung. In seinem zwei Jahre danach erschienenen Buche „Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkriege" konnte Konrad Haenisch darüber schreiben:

„Und all der Hass, und all der Abscheu, den wir seit Jahrzehnten gegen dies Rußland des fluchwürdigsten Despotismus in uns aufgespeichert hatten und der immer von neuem genährt worden war durch die grauenvollen Schilderungen, die aus den Grüften der Peter-Paul-Festung, der Schlüsselburg, der Warschauer Zitadelle, aus den Eiswüsten Sibiriens, aus der Katorga, zu uns gedrungen waren, all die wilde Empörung, die immer wieder aufgepeitscht worden war durch die zahllosen Nachrichten über

die Herrschaft des weißen Schreckens im Zarenreiche, der nur noch mit Standrecht und Galgen, mit Meuchelmord und mit den Schurkereien seiner agents provocateurs sich seiner lieben Untertanen zu erwehren gewußt hatte: alles das machte sich nun gewaltsam Luft, als in den ersten Augusttagen 1914 vielmillionenstimmig der Ruf durch die deutschen Lande brauste: Es geht gegen Rußland! Nieder mit dem Zarismus!"

Eine besondere Rolle spielten in jenen Tagen einige Leute, die sich bisher als waschechte „Marxisten" ausgegeben hatten, jetzt aber ihre Vergangenheit vergaßen und nach einigem Zögern den Anschluß an die kriegsbegeisterte Mehrheit fanden. Da war Heinrich Cunow, der selbst noch die Erklärung der „Vorwärts"-Redaktion verfaßt hatte, bald danach aber zu den Sozialpatrioten überging und einer ihrer eifrigsten Wortführer wurde. Dann der „Marxist" Paul Lensch, der am 3. August gegen die Kriegskreditbewilligung gestimmt und wehklagend ausgerufen hatte, daß die Fraktion die Eingeweide der Internationale bloßgelegt habe. An dem Busen Rosa Luxemburgs hat er am Abend jenes Tages seinen bitteren Schmerz über die klägliche Haltung der Fraktionsmehrheit ausgeweint. Nicht lange aber dauerte es, so schrieb er zahllose kriegsbegeisterte Artikel für die Parteipresse und wälzte dicke Bücher, worin er „marxistisch" nachwies, daß die Fraktion gar nicht anders habe handeln können. Und schließlich der Radikalsten einer, Konrad Haenisch, früher Flugblattfabrikant des Parteivorstandes und späterer preußischer Kultusminister. Einige Zeit schwankte er noch, um sich dann mit der ganzen Inbrunst eines „Umlerners" der durch die augenblicklichen Mehrheitsverhältnisse bestimmten Erkenntnis in die Arme zu werfen. Haenisch hat in seinem obenerwähnten Buch seine Seelenkämpfe in der damaligen Zeit in folgender Weise geschildert:

„Leicht ist dies Ringen zweier Seelen in der einen Brust wohl keinem von uns geworden. Darf der Autor hier einmal eine gewisse innere Scheu zu überwinden suchen und einen Augenblick von sich selbst reden, und darf er dabei von dem unpersönlichen „Wir" übergehen in das unmittelbare, von Herzen kommende Ich? Nun, dann möchte ich nur sagen: um alles in der Welt möchte ich jene Tage inneren Kampfes nicht noch einmal durchleben! Dieses drängend heiße Sehnen, sich hineinzustürzen in den gewaltigen Strom der allgemeinen nationalen Hochflut und von der anderen Seite her die furchtbare seelische Angst, diesem Sehnen rückhaltlos zu folgen, der Stimmung ganz sich hinzugeben, die rings um Einen herum brauste und brandete, und die, sah man sich ganz tief ins Herz hinein, auch vom eigenen Innern ja längst schon Besitz ergriffen hatte! Diese Angst: wirst du auch nicht zum Halunken an dir selbst und deiner Sache — darfst du auch so fühlen, wie es dir ums Herz ist? Bis dann — ich vergesse den Tag und die Stunde nicht — plötzlich die furchtbare Spannung sich löste, bis man wagte, das zu sein, was man doch war, bis man — allen erstarrten Prinzipien und hölzernen Theorien zum Trotz — zum ersten Male (zum ersten Male seit fast einem Viertel Jahrhundert wieder!) aus vollem Herzen, mit gutem Gewissen und ohne jede Angst, dadurch zum Verräter zu werden, einstimmen durfte in den brausenden Sturmgesang: Deutschland, Deutschland über alles!"

Die gleiche patriotische Stimmung kam in der Mehrzahl der sozialdemokratischen Blätter zum Ausdruck. Hemmungslos warfen sie sich der Kriegspolitik in die Arme, die Kriegsbegeisterung tobte sich in ihren Spalten fast noch schlimmer aus als in der bürgerlichen Presse,

Der „Wahre Jakob", das Familienblatt der Partei, brachte am 28. August eine Illustration zu dem Ausspruch Wilhelms II.: „Nun wollen wir sie aber dreschen!", auf der man mehrere Arbeiter sah, die mit Dreschflegeln auf die „Feinde" losschlugen. Haufenweise kamen Arbeiterdichter an die Oberfläche, um das Lob des Krieges zu singen. Die deutsche Sozialdemokratie und ihre Presse war auf das denkbar tiefste Niveau gesunken. Es nutzte nichts, daß auf einer Redakteurkonferenz im September die Presse ersucht wurde, eine würdigere Haltung zu bewahren; noch bis ins Jahr 1918 hinein hat die Mehrheit der sozialdemokratischen Blätter den Parolen der Obersten Heeresleitung und der deutschen Regierung willig Folge geleistet.

Und was wurde nicht alles an Leichenschändung verübt, um diese unerhörte Verleumdung aller sozialdemokratischen Grundsätze zu beschönigen und zu verteidigen! Marx, Engels, Lassalle, Wilhelm Liebknecht, August Bebel wurden als Schwurzeugen für die Kreditbewilliger aus den Gräbern gerufen. Ihre Schriften wurden bis in das letzte Eckchen durchstöbert, um aus ihnen Beweise dafür zu holen, daß dieser Krieg ein gerechter Krieg sei, und daß eigentlich nicht die Bourgeoisie, sondern die Arbeiterklasse ihre heiligsten Güter zu verteidigen habe. Es wäre Zeitverschwendung, wollte man nachprüfen, für welche politischen Situationen die von den Sozialpatrioten haufenweise herangeschleppten Zitate verfaßt worden sind, und ob sie auch auf das von den Imperialisten entfesselte Weltmorden paßten; statt dessen mag daran erinnert werden, was August Bebel auf dem Parteitag in Magdeburg in der Voraussicht des kommenden Weltkrieges ausgeführt hat:

„Wir sind jetzt in einer Zeit, wo wir uns auf faule Kompromisse nicht mehr einlassen. Die Klassengegensätze werden immer schärfer, wir marschieren ernsten Zeiten entgegen. Wenn es gar dazu kommt, daß 1912 ein europäisches Kriegsgewitter losbricht, dann sollt ihr sehen, was wir erleben und wo wir zu stehen haben: sicherlich ganz woanders, als man jetzt in Baden steht."

August Bebel hat sich getäuscht. Die Mehrheit der Parteiinstanzen ging im Jahre 1914 „nach Baden", sie verließ die Fahne des Klassenkampfes und folgte dem Kriegsbanner Wilhelms II.; sie vergaß alle Lehren des revolutionären Sozialismus und marschierte unter der Führung der preußischen Generale in den Burgfrieden hinein.

Das wahre Gesicht des Krieges.

Nicht mehr gegen die Kosakenknute, sondern gegen die englische Weltherrschaft. — Ist es noch derselbe Krieg? — Die Annexionisten enthüllen ihre Pläne. — Kriegsgewinne und Preissteigerungen. — Südekum und Richard Fischer auf Reisen. — Karl Liebknecht in Belgien. — Die ersten Zusammenkünfte der Opposition. — Angriffe auf den „Vorwärts". — Die Bewilligung der zweiten Kriegskredite.

Das Bild der ersten Kriegstage hatte sich bald geändert. Aus dem „gerechten Verteidigungskrieg" gegen die Kosakenknute wurde ein heiliger Krieg gegen die englische Weltherrschaft. Die Stimmung war so weit patriotisch entflammt, daß man nunmehr die wahren Beweggründe für die Entfesselung des Krieges nicht mehr zu verschweigen brauchte. Selbst sozialdemokratische Führer sprachen von einem Präventivkrieg, den Deutschland zu führen gezwungen sei. Die alldeutschen Kriegsparolen wurden zum Gemeingut fast der gesamten Oeffentlichkeit, und der bekannte liberale Pastor und imperialistische Herold Paul Rohrbach konnte ganz offen schreiben:

„Für uns, d. h. für Deutschland und Oesterreich-Ungarn, bestand die Hauptsorge diesmal darin, daß wir durch eine vorübergehende und scheinbare Nachgiebigkeit Rußlands moralisch gezwungen werden konnten, zu warten, bis Rußland und Frankreich wirklich bereit waren. Für unsere Gegner wäre der Anfang des übernächsten Jahres günstig gewesen, zumal wir gegen Ende des Winters unsere Vorräte zum größten Teil verzehrt hätten und die Schlagfertigkeit der Flotte durch die unfertige Ausbildung des im Oktober eingestellten dritten Jahrgangs beeinträchtigt gewesen wäre."

Weil also Deutschland seine militärischen Rüstungen fertig hatte, mußte es sofort losschlagen und durfte sich auf keine Verständigung mit den anderen Nationen einlassen. Dabei hat Rohrbach selbst feststellen müssen, daß England bis kurz vor dem Kriegsausbruch Deutschland außerordentlich weit entgegengekommen war. Er schreibt darüber:

„Jetzt, wo sich alles gewandelt hat, kann man ja ruhig sagen, daß die Verträge mit England über die Abgrenzung unserer Interessengebiete im Orient und in Afrika fertig und unterschrieben waren, und daß nur noch um ihre Veröffentlichung verhandelt wurde. In Afrika war uns die englische Politik überraschend weit entgegengekommen. In der Türkei war nicht nur in der Bagdadbahnfrage dem deutschen Standpunkt weitgehend Rechnung getragen, sondern auch die damit zusammenhängenden Angelegenheiten, die Ausbeutung der mesopotamischen Petroleumfelder und die Tigrisschiffahrt, die England schon

ganz allein in Besitz gehabt hatte, war unter deutscher Beteiligung geregelt. Danach hatte es den Anschein, als ob England sich mit dem Gedanken abgefunden hatte, sowohl in den afrikanischen Tropen, als auch im türkischen Orient den allgemeinen Wettbewerb Deutschlands auf breiterer Grundlage als bisher nebensich anzuerkennen."

Die deutschen Militaristen und Imperialisten aber wollten keine Verständigung, sie wollten den Krieg.

Inzwischen aber mehrte sich die Zahl der Zweifler in den Reihen der Sozialdemokratie. Eduard Bernstein fragte in der „Leipziger Volkszeitung" vorsichtig an, ob es noch derselbe Krieg wie am 4. August sei. Damals hatte es doch den Anschein, als ob es vor allem ein Krieg gegen den Deutschland bedrohenden Osten sein werde. Es sei aber bald ein Krieg mit dem Osten und Westen geworden. Und allmählich hätten sich die Dinge so verschoben, daß es zurzeit ein Krieg mehr noch gegen den Westen als ein solcher gegen den Osten sei. Worauf Eduard David, einer der berüchtigsten sozialimperialistischen Kriegsschürer, antwortete, daß es noch derselbe Krieg sei; einen faulen Separatfrieden mit Rußland müsse man für ein schweres politisches Verhängnis ansehen, der englischen Kriegsmacht mit ihren weißen und farbigen Verbündeten im Westen müßten jetzt gründlich die Zähne gezeigt werden. Die Mehrheit der Parteiinstanzen stimmte David und nicht Bernstein zu. Sie bewilligte auch weiterhin alle Kriegskredite.

An den Fronten wurde das Blut von Millionen von Proletariern vergossen: sie starben den „Heldentod fürs Vaterland", das sie bisher als Aussätzige behandelt hatte und auch jetzt nicht gewillt war, ihre Ansprüche auf politische Gleichberechtigung, ihre Forderung nach Schaffung einer höheren Wirtschaftsordnung als die kapitalistische zu befriedigen. Sie sanken dahin im Kampfe gegen den „Erbfeind", der bald Frankreich, bald Rußland, bald England hieß. Und währenddem prustete und blähte sich der wirkliche Erbfeind der Arbeiterklasse, der deutsche und der internationale Kapitalismus, immer mehr auf. Je länger die Verlustlisten wurden, desto höher stiegen die Gewinne des Kapitals.

Nicht alle sozialdemokratischen Führer, die in den Parlamenten und an den Schreibtischen kriegerische Hymnen sangen, ließen sich von der Militärverwaltung für ihre wichtigen Aufgaben in der Heimat reklamieren. Es gab unter ihnen auch Leute, die mit ehrlicher, wenn auch falscher Begeisterung ihre Haut zu Markte trugen. So Ludwig Frank, einer der hoffnungsvollsten Männer aus der jüngeren Generation, der freilich nach den ersten radikalen Parteijahren neben Kolb zum Hauptvertreter des badischen Reformismus geworden war. Frank war dem Kriegsrausch verfallen und hatte sich freiwillig zum Frontdienst gemeldet. Er kam nicht mehr zurück. Die französische Kugel, die ihn niederstreckte, war stärker als seine Siegeszuversicht.

Die Ereignisse sorgten bald dafür, daß dem Proletariat die Augen geöffnet wurden. Der Burgfriede war verkündet. „Die Not der Zeit hat uns zusammengeführt. Die Parteikämpfe ruhen jetzt. Nach

dem Kriege wird es sie wieder geben", so verkündete es Landsberg in Magdeburg, so lehrten es hundert andere seiner Gesinnungsgenossen. Aber während sie sich voller Begeisterung für die Harmonie zwischen den Klassen einsetzten, beurteilten die wirklich „nationalen" Kreise die Lage doch etwas anders. So schrieb der Jungdeutschlandbund in seiner Nummer vom 1. September über den auch von manchen Führern der freien Jugendbewegung gewünschten Zusammenschluß aller Jugendorganisationen:

„Gewiß verdient die Haltung des Bevölkerungsteiles, der sich vor dem Kriegsausbruch sozialdemokratisch nannte, volle Anerkennung. Sie ist ihr durch verschiedene Erlasse der Zivil- und Militärbehörden verdientermaßen zuteil geworden. Aber werden die Führer der sozialdemokratischen Jugendbewegung geneigt sein, ihre Mitglieder in die neue Organisation hineinzugeben? Daß sie die ihrige dadurch sprengen — die Befürchtung muß ihnen kommen. Wollen wir nicht Vogelstraußpolitik treiben, so haben wir trotz der herrlichen geschlossenen Einigkeit des ganzen Volkes mit Widerständen zu rechnen. Auf jeden Fall ist es wünschenswert, daß sofort Klarheit geschaffen wird."

Die Klarheit wurde schneller geschaffen, als es den Nationalisten in allen Parteilagern erwünscht war. Schon die Frontveränderung in der Kriegsführung mußte den Teil der Arbeiter stutzig machen, der das selbständige Denken noch nicht aufgegeben hatte. Dazu kam, daß nach den militärischen Erfolgen der ersten Wochen die Annexionisten nunmehr offen ihre Pläne enthüllten. Die bürgerliche Presse verlangte stürmisch die Annexion Belgiens, der „Wiege des Deutschtums". Die französisch-lothringischen Minenfelder insbesondere sollten im Interesse der deutschen Schwerindustrie, deren Hauptvertreter Röchling, Stumm, Krupp, Kirdorf und Stinnes ihre Ausbeutung bereits übernommen hatten, nach Deutschland einverleibt werden. Man richtete sich in Belgien und in Nordfrankreich häuslich ein. Die Wünsche der Annexionisten schienen um so eher reifen zu sollen, als die Türkei zu jener Zeit in den Weltkrieg verstrickt wurde und Deutschland auf der Höhe seiner militärischen Erfolge stand. Karl Liebknecht verlangte in einem Brief an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei vom 31. Oktober, daß die Sozialdemokratie sofort Stellung gegen die Annexionspolitik nehmen solle. „Es ist höchste Zeit! Hinter dem Wagen der Politik polternd herlaufen, wenn er bereits abgefahren ist, ist gewiß ein Vergnügen eigener Art; ich meine aber, wir müssen mindestens versuchen, uns auf den Kutschbock zu setzen", so schrieb er. Der Parteivorstand und die Mehrheit der Reichstagsfraktion ließen sich von ihrer bisherigen Haltung nicht abbringen.

Auch in der inneren Politik enthüllte sich immer deutlicher das wahre Gesicht des Krieges. Die Zeichnung der Kriegsanleihen wurde zu einem glänzenden Geschäft für die Kapitalisten ausgestattet, und da damals die militärischen Bäume noch in den Himmel zu wachsen schienen, so strömten die Geldbesitzer herbei, um bei niedrigem Kurs und hoher Verzinsung ihren Patriotismus zu betätigen. Weniger eifrig folgten sie dem Ruf der Reichsbank, ihr Gold auf dem Altar des Vaterlandes zu opfern; denn sicherer als die Reichsbanknoten und die Kriegsanleihen schien ihnen immer noch der eigene Besitz des roten Metalls. Noch unverschämter trieben

es die Erzeuger und die Händler mit Lebensmitteln. Sofort mit Kriegsbeginn hatte eine maßlose Preissteigerung für alle Waren eingesetzt. Und während die ärmere Bevölkerung an Unterernährung litt, wußten die Agrarier, die Schlotbarone und die Händler nicht, wie sie den reichen Kriegssegen bergen sollten. Zwar mußte die Regierung, wenn sie nicht die vollständige Verelendung des Volkes in kürzester Zeit herbeiführen wollte, für einige der wichtigsten Lebensmittel Höchstpreise festsetzen, was von dem „Marxisten" Lensch als Kriegssozialismus etikettiert wurde und den biederen Reichel, zweiten Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes, zu dem begeisterten Ausruf hinriß: „Sozialismus, wohin wir blicken!" Diese Höchstpreispolitik war aber in Wirklichkeit nur dazu bestimmt, der kapitalistischen Welt eine gesicherte Grundlage für ihre Profitinteressen zu schaffen. Ohne diesen „Kriegssozialismus" wäre die deutsche Kriegspolitik wahrscheinlich schon nach wenigen Monaten, und nicht erst im Herbst 1918, zusammengebrochen.

Die Militärs sorgten auf ihre Art dafür, daß der Burgfriede erhalten blieb. Je windiger es um die Kriegsberichte bestellt war, desto eifriger drängte die Zensur darauf, daß die Wahrheit über den Krieg nicht an den Tag komme. Der „Vorwärts" erlebte Ende September in schneller Folge zwei Verbote. Auch in der Provinz legte man den oppositionellen sozialdemokratischen Blättern einen engen Maulkorb um. Ausländische Parteizeitungen, wie unsere schweizerische Parteipresse und das holländische Parteiblatt „Het Volk", wurden in Deutschland verboten. Der Briefverkehr verdächtiger Personen mit dem Ausland wurde scharf kontrolliert. Eifrig stellten sich führende Mitglieder der Sozialdemokratie in den Dienst der deutschen Kriegspropaganda. Der Sekretär Legiens, des Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Albert Baumeister, gründete mit Hilfe eines dunklen Fonds die „Internationale Korrespondenz", aus der sich wie eine Schlammflut die Hetze gegen die sozialistischen Parteien des Auslandes über die Provinzpresse ergoß. Gekrönt wurde diese Tätigkeit durch die von einzelnen Parteiinstanzen schon damals geübte Gewaltpolitik gegen unbotmäßige Redakteure.

Die geschichtliche Wahrheit gebietet festzustellen, daß die brutalen Methoden zur Unterdrückung der oppositionellen Strömungen in der Partei nicht vom Parteivorstand erfunden worden sind, sondern daß sie zuerst in Stuttgart vom Württembergischen Landesvorstand geübt wurden.

Die „Schwäbische Tagwacht", die damals unter der Leitung von Artur Crispien stand, hatte sich von Anfang an dem Kriegswahn entgegengestemmt. Ohne die Redaktion zu befragen, verfügte der Württembergische Landesvorstand am 4. November, daß sein Vorstandsmitglied Wilhelm Keil, einer der ungestümsten Patrioten, die Leitung des Blattes übernehmen solle. Vergebens war der Protest der Redakteure Crispien, Hörnle und Walcher, vergebens auch der Protest der Preßkommission. Dem Württembergischen Landesvorstand standen die materielle Macht und die bürgerlichen Gesetzesparagraphen zur Seite, und das hatte alles ein größeres Gewicht, als die Berufung unserer Parteigenossen auf die sozial-

demokratischen Grundsätze. Der sozialdemokratische Verein Stuttgart und eine große Anzahl von Ortsvereinen im Lande nahmen sofort Stellung gegen den Landesvorstand. Da dieser darauf nichts gab, so blieb nichts anderes übrig als die Herausgabe eines eigenen Mitteilungsblattes. In Württemberg hatte sich also die Spaltung der Sozialdemokratie zum ersten Male in Deutschland vollzogen, durch die alleinige Schuld des Württembergischen Landesvorstandes.

Als Zwischenspiel sei bemerkt, daß die Abgeordneten Südekum und Richard Fischer, teils im offiziellen Auftrage des Parteivorstandes, teils aus eigenem patriotischen Antriebe, im August und September Italien, Schweden und die Schweiz bereisten, um unter unseren dortigen Parteigenossen Stimmung für die deutsche Sache zu machen. Das hat den deutschen Sozialpatrioten allerdings nicht viel genützt. Denn die schwedischen Sozialpatrioten unter Brantings Führung vertrauten sich mit vollen Segeln den Ententewinden an, und die sozialdemokratischen Parteien der anderen neutralen Länder ließen sich in ihrer kritischen Haltung gegenüber der deutschen Kriegspolitik durchaus nicht beeinflussen.

Nach der Reise Südekums nach Italien veröffentlichte die italienische Parteileitung ein Manifest, in dem es hieß:

„Der deutsche Sozialismus, der bis jetzt die Führerschaft unserer Partei in Europa in Anspruch nahm, im Hinblick auf seine Mitgliederzahl, seine wunderbaren Fortschritte, seinen festen Zusammenhang für uns ein beneidenswertes Vorbild, er ist der erste gewesen, der zusammenbrach und sich heute in seinen Ueberzeugungen und seinen Handlungen von der deutschen Bourgeoisie nicht mehr unterscheidet. Und nicht besser ist es der österreichischen Partei ergangen. Und die Sozialisten Frankreichs, die einen Jaurès sterben sahen auf dem Felde der Internationalen, auch sie, vom Kriegstaumel gepackt, machen nun gemeinsame Sache mit dem Bürgertum. Nur die russischen Genossen haben inmitten von Gefahr und Schrecken den Mut gehabt, gegen die Kriegskredite zu stimmen und in Serbien hat der einzige sozialistische Deputierte es gewagt, der furchtbaren Agitation, dem Haß und Zorn der bürgerlichen Partei seines kleinen Landes zum Trotz, die Kriegskredite zu bekämpfen und laut und mutig die Losung unseres sozialistischen Gewissens zu bekennen: Nieder mit dem Kriege!

Genossen, Arbeiter! Es ist nicht zu wundern, daß inmitten dieser unerhörten menschlichen Tragödie unser Herz zittert vor der Zukunft und der Kriegsfurie, die auch in unserem Lande erwachen könnte. Aber gerade deshalb müssen wir, liebe Genossen, offen zu euch reden. Wir wollen uns selbst die furchtbaren Gefahren der gegenwärtigen unsicheren Lage nicht verhehlen, dieser Lage, welche der Bourgeoisie nicht behagt, weil sie aus ihr keinen Nutzen ziehen kann, der Bourgeoisie, die gegen das Proletariat in Krieg und Frieden nie abrüstet, sondern, auch wenn sie euch Proletariern schmeichelt, nur beabsichtigt, über euer Leben zu verfügen und euch zu um so gefügigeren Instrumenten ihrer Herrschsucht zu machen. Gewiß ist heute unsere Partei nicht so stark, um den Krieg zu verhindern. Aber wir wollen nicht noch andere Nationen auf dem Schlachtfelde sehen. Wir wollen keinen Schritt abweichen von den Prinzipien, die wir uns vorgezeichnet. Wir wollen mit diesem Manifest allen Genossen, von Mann zu Mann, von Herz zu Herzen versichern, daß wohl keiner in dem gegenwärtigen Moment den Gefühlen wird wehren können, den Gefühlen unwillkürlicher Sympathie,

die für diese oder jene Partei unter den Kriegführenden aus seinem Herzen steigen, aber daß dessen ungeachtet wir mit aller Klarheit und Treue zu unserem einzigen Banner halten. Und auf dem steht geschrieben: Sozialisten aller Länder, einigt euch! Mitten unter Waffenschreck und Kriegswut sollen wir italienischen Sozialisten noch den Ruf ertönen lassen: Die sozialistische Partei ist gegen den Krieg und für die Neutralität. „Gegen den Krieg und für die Neutralität", das ist das Losungswort des Sozialismus, der heute für uns lebt und für den die zusammengebrochene Internationale von neuem in aller Kraft wiederauferstehen soll."

Schlecht erging es Karl Liebknecht, als er im September 1914 eine private Reise nach Belgien unternahm. Er konnte bei dieser Gelegenheit die besten Beobachtungen darüber sammeln, wie der deutsche Militarismus in dem eroberten Lande, das doch immer noch ein neutrales Land war, hauste. Und in Unterredungen mit belgischen und holländischen Parteigenossen machte Liebknecht kein Hehl aus seiner Meinung über die Kriegspolitik der Parteimehrheit. Nach seiner Rückkehr kanzelten ihn dafür Parteivorstand und Parteiausschuß in heftigster Weise ab. Denn wohl durften die Südekum und Richard Fischer als freiwillige Agenten der deutschen Militaristen im Auslande herumreisen, wenn aber ein Sozialdemokrat ausländischen Parteigenossen gegenüber die Wahrheit über den Krieg aussprach, dann war das nach der Meinung der Mehrheit des Parteivorstandes ein Verbrechen.

Am 22. Oktober hatte auch das preußische Abgeordnetenhaus eine Kriegssitzung. Es sollte anderthalb Milliarden für Ausgaben bewilligen, die durch den Krieg verursacht wurden. Die Regierung versuchte die Vorlage ohne jegliche Debatte durchzupeitschen. Die bürgerlichen Parteien waren damit einverstanden, die kleine sozialdemokratische Fraktion wollte das verhindern und eine gründliche Beratung der Vorlage herbeiführen. Die Fraktion gab eine Erklärung ab, deren Inhalt sich in den bescheidensten Grenzen der Kritik hielt, aber trotzdem das Unbehagen der Regierung und der bürgerlichen Parteien erweckte. Als die Erklärung der Sozialdemokraten verlesen wurde, fand sie an einigen Stellen auch den Beifall der bürgerlichen Parteien. Bei der Forderung auf Einführung des demokratischen Wahlrechts dagegen erhob sich bei den konservativen Parteien ein deutliches Gemurmel des Unwillens. Bei der Schlußrede des Präsidenten verließen die Genossen Hofer, Adolf Hoffmann, Paul Hoffmann, Liebknecht und Ströbel den Saal. Die anderen fünf sozialdemokratischen Abgeordneten blieben darin und erhoben sich bei dem Hoch auf die Armee und auf den obersten Kriegsherrn.

Um die Gegner der Kriegspolitik im Reichstag und Abgeordnetenhaus sammelte sich nun ein von Woche zu Woche größer werdender Kreis von Parteigenossen. Da öffentliche Aussprachen untersagt waren und auch in Parteiversammlungen eine klare Stellungnahme sich nicht immer ermöglichen ließ, mußte sich die Opposition zu besonderen Zusammenkünften vereinigen. Durch Flugblätter und Broschüren versuchte die Opposition Einfluß auf die Masse der ununterrichteten Parteigenossen zu gewinnen. Allerdings kam es bald zu einer Teilung der Ansichten darüber, welche

Taktik gegen die offizielle Kriegspolitik der Partei anzuwenden sei. Diese Differenzen haben später zur Absplitterung der Spartakuskreise von der übrigen Opposition geführt. Karl Liebknecht und seine Freunde wollten sofort losschlagen, trotzdem vorerst nur geringe Kräfte zur Verfügung standen und man Gefahr lief, durch diese Voreiligkeit jede Opposition unmöglich zu machen. Wie die Nachfahren der Spartakusanhänger, die Kommunisten der verschiedenen Spielarten, ohne jede Rücksicht auf die tatsächlichen Machtverhältnisse ihre Parolen hinausschleudern und dadurch die Aktionskraft der Arbeiterklasse schwächen, so wollte Liebknecht damals schon den offenen Kampf gegen den Krieg und die Kriegspolitik der Parteimehrheit aufnehmen, trotzdem jeder Kenner der Verhältnisse sich darüber klar sein mußte, daß solche Putschpolitik die Sache der Opposition nur aufs schwerste geschädigt hätte.

In einem Artikel des Kopenhagener „Sozialdemokraten" vom 1. November wurde über die Stimmung in Deutschland festgestellt: „Die Arbeiter fangen an, den Frieden herbeizusehnen, und sie verstehen schon, daß aus diesem Frieden durch Siege auf dem Schlachtfeld nichts werden wird, sondern allein durch den Sieg der Demokratie und des Sozialismus." Soweit es unter dem Zwang der Zensur überhaupt möglich war, kam diese Stimmung im „Vorwärts", dem Zentralorgan der Partei, zum Ausdruck. Das war nun den patriotischen Kreisen, die neben der Mehrheit des Parteivorstandes auch die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands bildete, gar nicht recht. Zwar hatten die Gewerkschaften bis zum Kriegsausbruch den Schein zu wahren gesucht, als ob sie parteipolitisch neutral seien. Aber jetzt schworen die Generalkommission und die Mehrzahl der Gewerkschaftsvorstände feierlich den Klassenkampf ab und ergaben sich mit Herz und Hand der glorreichen Führung Wilhelms und seiner Paladine. Und deshalb war ihnen die Haltung des „Vorwärts" ein Scheuel und ein Greuel. Es kam zu scharfen Auseinandersetzungen in internen Sitzungen. Im Anschluß daran veröffentlichte die Preßkommission des „Vorwärts" am 24. November folgende Erklärung:

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat in Nr. 47 des Korrespondenzblattes Vorgänge aus einer internen Besprechung, die zwischen dem Parteivorstand, der Generalkommission und der Redaktion des „Vorwärts" stattgefunden hat, der Oeffentlichkeit übergeben. Wir sehen von einer ausführlichen Erörterung der Angelegenheit unter den gegenwärtigen Verhältnissen ab und wollen nur Folgendes bemerken:

Die Generalkommission gibt als Hauptpunkte der vorgetragenen Beschwerden Folgendes an:

1. Der „Vorwärts" soll die Interessen der deutschen Partei gegen Angriffe sozialistischer Parteien des Auslandes vertreten.

2. Der „Vorwärts" soll sich in seinen Berichten über Greuel, Verwundeten- und Gefangenenbehandlung der größten Objektivität befleißigen.

3. Der „Vorwärts" soll mehr wie bisher den sozialen und wirtschaftlichen Fragen seine Aufmerksamkeit widmen.

4. Der „Vorwärts" soll dem Chauvinismus, dem Hurrapatriotismus und allen Annexionsgelüsten entgegenarbeiten, wie es auch der Parteivorstand durch sein Zirkular an die gesamte Parteipresse schon in den ersten Kriegswochen verlangte.

Zu Punkt 4 wurde noch besonders festgestellt, daß die Generalkommision in dieser Auffassung durchaus mit dem Parteivorstand einig sei. Dem wurde allseitig zugestimmt."

Demgegenüber wollen wir zu der Mitteilung der Generalkommission bemerken, daß die Presskommission nach ausführlichen Beratungen sich mit der Haltung des „Vorwärts" durch Annahme folgender Resolution vollständig einverstanden erklärt hat:

Nach gründlicher Prüfung der gegen die politische Haltung des „Vorwärts" in der jetzigen Kriegszeit erhobenen Beschwerden erklärt die Presskommission:

Die gegen die Redaktion des „Vorwärts" erhobenen Vorwürfe können als berechtigt nicht anerkannt werden. Die Presskommission ist vielmehr der Auffassung, daß der „Vorwärts", soweit es ihm unter den heutigen, außerordentlich schweren Bedingungen möglich war, nach besten Kräften seine Pflicht und Schuldigkeit gegenüber der Partei erfüllt.

Getreu den sozialdemokratischen Prinzipien und gemäß den Beschlüssen der internationalen Kongresse, hat der „Vorwärts" auch im Kriege den Geboten der Menschlichkeit Rechnung zu tragen und sich gegen den Chauvinismus zu wenden.

Die Presskommission erwartet von der Redaktion des „Vorwärts", daß auch in der Zukunft die Haltung des „Vorwärts" von diesen Grundsätzen bestimmt wird.

Die Presskommission ist der Ueberzeugung, daß sie sich in ihren Entschlüssen in Uebereinstimmung befindet mit der großen Mehrheit ihrer Auftraggeber, die bisher vom „Vorwärts" stets eine prinzipielle sozialdemokratsiche Haltung verlangt haben.

Dieser Resolution ist der Zentralvorstand des Verbandes der Wahlvereine Groß-Berlins beigetreten.

Anfang November 1914 wurde in einer Sitzung der Berliner Parteifunktionäre heftig über die Kreditbewilligung gestritten. Ströbel machte dort einstündige Ausführungen über die Kriegsereignisse und wies nach, daß nur in schleunigem Friedensschluß das Heil liege. Der günstigste Fall für Deutschland sei eine Remispartie; nicht nur sozialdemokratische, sondern auch im bürgerlichen Sinne vaterländische Pflicht sei es daher, die Regierung mit aller Kraft zu einem Verständigungsfrieden zu drängen, den man jetzt noch haben könne, später vielleicht nicht mehr. Auf die Berliner Organisationsvertreter blieben diese Ausführungen nicht ohne Eindruck, die anwesenden Mehrheitler dagegen schlugen sie in den Wind; sie glaubten unerschütterlich an den Endsieg, an Kriegsentschädigung und Beuteteilung.

Auch in anderen Orten, wie in Bremen, Stuttgart, Dresden, Leipzig, Hamburg, war es zu lebhaften Auseinandersetzungen gekommen. Darüber rückte der Tag immer näher, an dem der Reichstag die zweiten Milliardenkredite für den Krieg bewilligen sollte. Wie würde sich die sozialdemokratische Fraktion diesmal entscheiden? In der Broschüre „Klassenkampf gegen den Krieg" finden wir darüber längere Mitteilungen, denen wir folgendes entnehmen:

Am 29. November 1914 trat die Fraktion zur Vorbereitung der Reichstagssitzung vom 2. Dezember 1914 zusammen, in der über den zweiten Fünfmilliarden-Kredit zu entscheiden war. Die Kredit-Debatte gestaltete sich sehr lebhaft und beanspruchte fast zwei Tage.

Die Anhänger der Kreditbewilligung entwarfen nach angeblichen authentischen Informationen ein düsteres Bild von der militärischen Lage Deutschlands, die Gründe, die für die Bewilligung vom 4. August maßgebend gewesen seien, beständen verstärkt fort. Die Anregung von bürgerlicher Seite (Erzberger), eine Erklärung, die u. a. der tapferen Helden der „Emden" und von Tsingtau rühmend gedenken sollte, gemeinsam mit allen anderen Parteien abzugeben oder ohne jede Erklärung zu votieren, wurde zwar von verschiedenen Seiten durch Zurufe sympathisch begrüßt, aber nicht zur Abstimmung gestellt, da sie der Auffassung der großen Mehrheit offensichtlich zuwiderlief. Die Vertreter der Kreditverweigerer meinten, die seit dem 4. August verflossenen Monate hätten die Richtigkeit ihres Standpunktes doppelt bestätigt.

Als Haase die Kreditbewilligung eine Zertrümmerung unserer Parteigrundsätze nannte, entgegnete David: dann hätten sich ja auch die Vierzehn der Fraktionsminderheit, die sich am 4. August im Plenum der Mehrheit unterworfen hätten, an der Zertrümmerung der Parteigrundsätze beteiligt. Ein Zwischenruf Liebknechts: die Konsequenz dieser Bemerkung Davids führe zur öffentlichen Abgabe eines Minderheitsvotums im Plenum, löste lebhafte Bewegung aus. Cohen, der für die Bewilligung eintrat, richtete Vorwürfe gegen Haase, weil er, der am 4. August die Fraktionserklärung verlesen habe, die Mehrheit so heftig angreife; bei diesem Standpunkte habe Haase die Erklärung nicht verlesen dürfen. Es entwickelte sich eine stürmische Szene; auf erregte Zurufe, daß die Fraktion Haase zur Abgabe der Erklärung genötigt habe, bemerkte Cohen: Haase habe sich durch nichts zwingen lassen dürfen; in einem solchen Falle gebe es keinen Zwang! Ein Genosse schlug vor, die Aufhebung des Belagerungszustandes und eine Zusicherung der Regierung zu verlangen, daß sie den Krieg nur zur Verteidigung Deutschlands, zur Niederwerfung des Zarismus und zur Befreiung der vom Zarismus unterdrückten Völker führe; nur bei Erfüllung dieser und einiger anderer Forderungen komme die Kreditbewilligung für ihn in Frage; es handle sich um keine prinzipielle, sondern um eine Zweckmäßigkeitsfrage. Dieser Vorschlag wurde als utopisch und inkonsequent bekämpft; die etwaige — aber ausgeschlossene — Aufhebung des Belagerungszustandes würde seine Wiederverhängung nicht verhindern; eine etwaige — aber ausgeschlossene — Zusicherung der verlangten Art würde vollkommen wertlos sein; der Regierung, die am 3. und 4. August die Fraktion, den Reichstag und das ganze Volk im Punkt des belgischen Neutralitätsbruchs so schnöde getäuscht habe, der Regierung des verfassungswidrigen Belagerungszustandes, könne kein Vertrauen geschenkt werden; wer sei übrigens jetzt die Regierung? Der Reichskanzler schwerlich! Vor allem aber sei es widersinnig, den Charakter des Krieges in die Disposition der Regierung stellen zu wollen; der objektive geschichtliche Charakter des Krieges dürfe allein die Haltung zu ihm bestimmen, nicht eine Zusicherung oder eine Auffassung der Regierung über diesen Charakter.

Liebknecht, der wegen seiner angeblichen Wühlereien in der Partei schwer angegriffen wurde, aber diese Vorwürfe als haltlos zurückwies, legte dar, daß die Kreditbewilligung gegen das Programm, die Beschlüsse der Parteitage, besonders der von Lübeck, Hamburg und Magdeburg und die Beschlüsse der internationalen Kongresse von Stuttgart und

Basel verstoße; das Parteiprogramm schließe es aus, für kriegerische Eroberungen einzutreten, der imperialistische Zweck des jetzigen Krieges aber sei militärische Vergewaltigung und Annexion anderer Länder, und zwar ganz unabhängig von der jeweiligen militärischen Lage; Bewilligung der Kredite heiße Bewilligung der Mittel zur Unterdrückung Belgiens und Nordostfrankreichs. Daß Wehrvorlagen nach Programm und Parteibeschlüssen abzulehnen sind, wagte bisher niemand zu bezweifeln; die Kreditvorlage aber ist nichts anderes als eine riesenhafte Wehrvorlage, nur eine durch den Blankocharakter des Kredits und die Aktualität des Mordzweckes besonders bösartige. Die internationalen Kongreßbeschlüsse schreiben nicht nur die Ablehnung aller Militärausgaben ausdrücklich vor, sondern auch die Anwendung aller wirksamen Mittel zur Verhinderung des Krieges; nach Kriegsausbruch die Kredite bewilligen, heißt aber: den Kampf gegen den Krieg vor Kriegsausbruch zu einer Farce machen, seine Kraft von vornherein zerbrechen, ja geradezu zum Kriege einladen und für die Zukunft jede Opposition gegen Kriegshetzereien der Wirkungslosigkeit und berechtigten Nichtachtung überliefern. Die Kongreßbeschlüsse geben weiter auf: nach Kriegsausbruch alles für schleunige Beendigung des Krieges einzusetzen; zugleich die Kriegskredite bewilligen und für den Frieden reden, das heiße aber: mit der Linken die Friedenspalme schwingen, während man mit der Rechten dem Militarismus das Schwert in die Hand drückt. Die Kongreßbeschlüsse fordern schließlich Ausnützung der durch den Krieg hervorgerufenen Lage zur Aufrüttelung der Massen, d. h. zum Klassenkampf. Der internationale Klassenkampf gegen den Krieg sei damit als die einzigmögliche Politik des Proletariats gegen den jetzt ausgebrochenen imperialistischen Krieg erkannt, da jede andere Politik eine positive Unterstützung der Massenmetzelei zu Ehr und Nutz des Imperialismus bedeute. Wer aber wage zu behaupten, daß die in der Partei jetzt zumeist betriebene Politik dieser Parole des verschärften Klassenkampfes entspreche? Und daß die Kreditbewilligung mit einem solchen Klassenkampf vereinbar sei? Liebknecht beantragte, die Fraktion möge am 2. Dezember eine Erklärung im Sinne dieser Ausführungen abgeben.

Gegen 17 Stimmen (den Vierzehn vom 3. August — außer Lensch, der sich diesmal zur Mehrheit schlug — und weiter Emmel, Stadthagen, Stolle, Baudert) wurde die Bewilligung beschlossen. Die Ausarbeitung der Erklärung wurde wieder einer Kommission übertragen, deren Werk am 30. November mit unerheblicher Aenderung angenommen wurde. Ein zur Verlesung gebrachter Brief Viktor Adlers, der die Fraktion beschwor, eine energische Kundgebung für den Frieden und gegen den Bruch der belgischen Neutralität zu erlassen, blieb ohne Erfolg. Die Mehrheit erachtete jedes öffentliche Eintreten für den Frieden als eine Gefährdung der Interessen Deutschlands, und begnügte sich mit der Wiederholung eines Satzes aus der Erklärung vom 4. August. Ein Protest gegen die Verletzung der belgischen Neutralität wurde abgelehnt und nur beschlossen, falls der Reichskanzler am 2. Dezember nach dem Willen der Kriegspartei eine Rechtfertigung dieses Völkerrechtsbruches unternehmen sollte, den Standpunkt des Reichskanzlers vom 4. August kurz aufrecht zu erhalten.

Henke beantragte, der Minderheit ausdrücklich zu gestatten, ihre abweichende Auffassung öffentlich im Plenum zu vertreten und zu begründen. Dagegen wandte sich u. a. Haase und Molkenbuhr. Letzterer berief sich auf einen Beschluß des Gothaer Parteitages von 1876, der einheitliche Fraktionsabstimmung vorschreibe. Der Antrag wurde darauf von Henke zurückge-

zogen, aber von Liebknecht aufgenommen und verteidigt. Er verfiel gegen 7 Stimmen der Ablehnung.

Wie am 3. August so weigerte sich Haase auch am 30. November hartnäckig gegen die Verlesung der Mehrheitserklärung. Nach langem Drängen liefz er sich jedoch auch diesmal umstimmen. Wie die am 3. August beschlossene Erklärung, so wurde auch die jetzige den bürgerlichen Parteien und der Regierung alsbald unterbreitet. Während die Regierung zunächst keine Einwendung erhob, drängten die bürgerlichen Parteien und schliefzlich auch die Regierung am 1. Dezember, an dem die Verhandlungen der glorreichen freien Kommission begannen, auf Streichung oder Abänderung der Sätze über den Belagerungszustand, die Annexionspolitik und die belgische Frage. Staatssekretär Delbrück bemerkte dabei zu den Fraktionsvertretern: ihm hätten Fraktionsmitglieder gesagt, sie seien bereit, ohne jede Erklärung der Fraktion für die Kredite zu stimmen; und der Volksparteiler Payer: er wisse aus dem Munde von sozialdemokratischen Abgeordneten, dafz sie keineswegs grundsätzlich Gegner von Eroberungen seien. Eine in der Fraktionssitzung vom 2. Dezember ergangene Aufforderung, die betreffenden Genossen möchten sich melden, blieb erfolglos.

Als die auf Aenderung der Erklärung gerichteten Machenschaften am Abend des 1. Dezember in der Fraktion bekannt wurden, versammelten sich auf Veranlassung Hochs etwa 20—30 Fraktionsmitglieder und beschlossen feierlich, falls die Fraktionsmehrheit dem Willen der bürgerlichen Parteien und der Regierung nachgebe, sich dem öffentlich zu widersetzen und die am 30. November abgefafzte Erklärung in der Plenarsitzung vom 2. Dezember als Minderheitsvotum vorzutragen. Es sollte jedoch beim guten Willen bleiben. Die Drohung genügte; die heroische Tat blieb der Weltgeschichte erspart.

Im Plenum stimmte Liebknecht als einziger Abgeordneter gegen die Kriegskredite. Er versuchte eine Erklärung zu Protokoll zu geben, was vom Präsidenten aber verhindert wurde. Am nächsten Tage schrieb er dem Fraktionsvorstand, dafz er sich in einer Zwangslage befunden habe. Er habe sich bemüht, von der Fraktion die Erlaubnis zu einer abweichenden Abstimmung zu erwirken. Die Fraktion habe sie versagt, obwohl der jetzige Fall, sowohl seiner Bedeutung wie seinen inneren Schwierigkeiten nach, ein ganz einzigartiger gewesen sei. In diesem Gewissenskonflikt habe Liebknecht die Pflicht der Fraktionsdisziplin, so hoch er sie schätze, der Pflicht zur Vertretung des Parteiprogramms unterzuordnen. Er hoffe, dafür bei den Genossen in- und aufzerhalb der Fraktion Verständnis zu finden. Dieses Verständnis fand Liebknecht nicht. Am 3. Dezember veröffentlichte der „Vorwärts" folgende Erklärung des Fraktionsvorstandes, die mit sechs gegen eine Stimme beschlossen worden war:

„Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion stellt fest, dafz der Genosse Karl Liebknecht entgegen dem alten Brauch der Fraktion, der durch einen ausdrücklichen Beschlufz für den vorliegenden Fall erneuert wurde, gegen die Kriegskreditvorlage gestimmt hat. Der Vorstand bedauert diesen Bruch der Disziplin, der die Fraktion noch beschäftigen wird, aufs tiefste."

Die Situation in der Partei schien sich äufzerlich noch nicht erheblich geändert zu haben; aber doch hatte sich seit dem 4. August im Innern der Partei eine erhebliche Wandlung vollzogen.

Jansson, ein Mitglied der Generalkommission, mochte damals freilich in einem skandinavischen Blatt noch frohlocken:

„Die kleine Minorität, die für Demonstrationen und Skandale mehr schwärmt als für eine ergebnisreiche Arbeiterpolitik im Lande, hat wirklich keine Bedeutung. Ihre ganze Haltung steht — und zwar nicht nur jetzt — in einer so absoluten Opposition gegen die nüchterne Realpolitik, die die skandinavische Arbeiterpartei bis jetzt getrieben hat, dafz sie in Skandinavien keinen Anklang finden sollte und auch nicht finden würde, wenn nicht der Weltkrieg so viele sonst klare Gehirne verwirrt hätte. Nach dem Schlusse des Krieges werden wir sehen, ob nicht dieser Umsturz in der kapitalistischen Gesellschaft auch ein grofzes Kulturwerk vollbracht hat, man mufz wohl wenigstens hoffen, dafz solch grofze Opfer nicht vergeblich gebracht werden."

Bald zeigte es sich, dafz die Opposition doch nicht mehr so schwach war, und je weiter der Krieg fortschritt, je mehr „Kulturwerke" der deutsche Militarismus vollbrachte, desto schneller vollzog sich der Umschwung in der deutschen Sozialdemokratie.